

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Wird das Bildungsversprechen
eingelöst?**

Vanessa Kinz, Nikolaus Ecker
und Senad Lacevic

**Oberösterreich
ist anders**

Josef Weidenholzer

**Anmerkungen nach
der Wien-Wahl**

Caspar Einem

**»Meinen Körper in
den Kampf werfen«**

Thomas Riegler



STEIERMARK IM BLICK

UNIVERSALMUSEUM JOANNEUM

EDITORIAL

Etwas befremdlich war das Auftreten des Spitzenpersonals der Grünen am Abend der Wiener Landtagswahlen dann ja doch: Dass die SPÖ Wien mit ihrer eindeutigen Positionierung in Grundsatzfragen das Duell mit der FPÖ gewonnen hatte, wurde zum Beweis für die krude These erklärt, dass es das Duell nie gegeben, es der SPÖ aber sogenannte »Leihstimmen« gebracht habe. Wenn es um Menschen mit Sympathien für Anstand und Menschenrechte geht, verleihen nämlich offenbar nicht die WählerInnen, sondern die Grünen deren Stimme. Umgekehrt kann von »Leihstimmen« keine Rede sein, wenn frühere SPÖ-WählerInnen die Grünen unterstützen, um sicher zu gehen, dass nach der Wahl Rot-Grün und nicht Rot-Schwarz kommt.

Es ist zu hoffen, dass diese absurde Schmolphase rasch überwunden ist, die Grünen einsehen, dass es keinen Grund gibt beleidigt zu sein und dass es sogar im Wahlrecht – und erst recht darüber hinaus – wichtigere Fragen als eine Neuverteilung von drei Mandaten im Zuge einer Wahlrechtsreform gibt. Umgekehrt sollten sich auch in der Führungsebene der SPÖ die letzten ZweiflerInnen vergegenwärtigen, dass der Umbau einer Straße zwischen Neubau und Mariahilf sicherlich nicht hauptverantwortlich für den Verlust des Bezirksvorsteher-Postens in Simmering war und der hohe Grad an politischer Übereinstimmung in den letzten fünf Jahren der SPÖ beachtlich wenig Veränderung gegenüber der Zeit der absoluten Mehrheit abverlangt hat. Rot-Grün sollte sich rasch darauf besinnen, dass es diese machtpolitische Option in Österreich braucht und dass diese machtpolitische Alternative auch inhaltlich eine Alternative entwickeln muss, um der FPÖ etwas entgegen zu stellen.

Am Beginn dieser Ausgabe beschäftigen sich **Vanessa Kinz, Nikolaus Ecker und Senad Lacevic** mit der Frage, ob das Versprechen, durch Bildung zu Beschäftigung zu kommen und die Gesamtbeschäftigung zu erhöhen, derzeit eingehalten wird und welche **Perspektiven Erwachsenenbildung** auch über Arbeitsmarktpolitik hinaus braucht.

Josef Weidenholzer verbindet ein liebevolles Porträt seiner oberösterreichischen Heimat mit einer kritischen Analyse der Hintergründe des **Wahlergebnisses vom 27. September**.

Caspar Einem wiederum untersucht das **Wiener Wahlergebnis** und seine Bedeutung und plädiert für mehr Diversität in der SPÖ-Regierungsfraktion.

Ludwig Dvořák weist auf die **schwarz-blauen Tendenzen** hin, die sich keineswegs auf Oberösterreich beschränken und denen man nur durch eine offensivere Haltung der SPÖ und keinesfalls durch ein »Weiter so!« begegnen könne.

Den Verantwortlichkeiten für das bisherige **Scheitern Europas in der Flüchtlingsfrage** spürt **Stefan Brocza** in seinem Text nach und geht dabei mit den nationalen Regierungen hart ins Gericht.

Sebastian Schublach stellt die zentralen Positionen von **James Kenneth Galbraith** zur Frage von »Reformen« und Beschäftigung dar. Aus der Geschichte zu lernen, heiße zu erkennen, dass der US-Wohlfahrtsstaat inmitten der Großen Depression entstand und die Grundlage für wirtschaftliche Erholung gebracht habe.

Thomas Riegler untersucht die politischen **Hintergründe** und die Verwicklung der italienischen Rechten in die **Ermordung** des italienischen Regisseurs und Publizisten **Pier Paolo Pasolini** vor genau vierzig Jahren.

Die **Buchtipps** runden diese Ausgabe ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Cornel von Becic-Rustenber, »Bub vor Landschaft«
1930/1938, 70 x 100 cm, © Österreichische Nationalbibliothek

6 Wird das Bildungsversprechen eingelöst?

VON VANESSA KINZ, NIKOLAUS ECKER
UND SENAD LACEVIC

12 Oberösterreich ist anders

VON JOSEF WEIDENHOLZER

20 Anmerkungen nach der Wien-Wahl

VON CASPAR EINEM

26 Einbahn zu Schwarz-Blau

VON LUDWIG DVOŘÁK

30 Die Flüchtlingskrise im europäischen Mehrebenensystem

VON STEFAN BROCZA

34 Von der Tyrannei der Reformen und der Aussicht auf Wachstum

VON SEBASTIAN SCHUBLACH

38 »Meinen Körper in den Kampf werfen«

VON THOMAS RIEGLER

44 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

»Die Chancen eines Kindes auf schulischen Erfolg sind viel direkter eine Funktion seiner sozialen Klasse als seiner Talente.« (Pierre Bourdieu)

Wird das Bildungsversprechen eingelöst?

Ist es richtig, dass man individuell durch Weiterbildung seine Stellung am Arbeitsmarkt verbessert. Wie schaut es gesamtgesellschaftlich aus? Würde die Arbeitslosigkeit sinken, wenn wir alle besser gebildet wären? Gerade weil diese Versprechen aus Sicht der AutorInnen in dieser Form kaum einzuhalten sind, plädieren sie für eine über die Arbeitsmarktpolitik hinausgehende Perspektive der Erwachsenenbildung.

Das Bildungsniveau der Bevölkerung prägt den gegenwärtigen und zukünftigen Wohlstand einer Gesellschaft. Bildung zählt heute zu den ökonomischen Standortfaktoren. Aktuelle Daten belegen einen beträchtlichen Anstieg des Bildungsniveaus der österreichischen Bevölkerung im Verlauf der letzten dreißig Jahre. Positiv hervorzuheben ist auch, dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den vergangenen Jahren immer weiter abgenommen haben. Dies heißt allerdings nicht, dass sie nicht weiterhin bestehen. So hat immer noch ein Viertel der Frauen im Alter von 25 bis 64 Jahren (23,2%) maximal einen Pflichtschulabschluss. Im Vergleich dazu waren es bei den Männern nur 14,9%. Insgesamt ging der Anteil der 25- bis 34-Jährigen, die keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss besitzen, zurück. Diese positive Entwicklung kehrt sich jedoch in den letzten Jahren wieder um. Seit 2008 steigt die Zahl der Menschen, die höchstens eine Pflichtschulabschulung erlangen, wieder an. Dies betrifft wiederum Männer stärker als Frauen (Statistik Austria, S.90; OECD, S.84).

Die Bestimmungsmerkmale, auf die sich vor allem die großen empirischen Studien beziehen, beruhen auf Arbeiten von Bourdieu und Coleman. Die wichtigsten Punkte, die die beiden auflisten beziehen sich auf das ökonomische Kapital bzw. den sozioökonomischen Status der Eltern (Beruf und Einkommen), das kulturelle Kapital der Eltern (Bildungsabschlüsse, kulturelle Praktiken und Besitz von »hochkulturellen« Kulturgütern und auch sprachlicher Gebrauch), soziales Kapital der Eltern (wie wächst das Kind auf), Geburtsland und Muttersprache der Eltern sowie Geschlecht des Kindes (Kesselring/ Leitner, S.92). Aber auch Faktoren wie das regionale Angebot an Bildungseinrichtungen sowie die individuellen

Fähigkeiten und Bildungsinteressen geben die Wahl des Bildungswegs vor (Statistik Austria, S.18; Wisbauer, S.202).

Der Bildungsweg eines Kindes ist aber nicht nur mit jenen oben genannten Faktoren in Verbindung zu bringen, sondern auch unter anderem von der Bewertungspraxis der LehrerInnen. Eltern aus unteren Schichten vertrauen der Einschätzung der Leistung ihrer Kinder durch LehrerInnen mehr als Eltern aus bildungsnäheren Schichten (Kesselring/ Leitner S.94).

Auch wenn das Bildungsniveau der Bevölkerung steigt, ist die Bildungsmobilität zwischen den Generationen gering. Die Hürden des österreichischen Bildungssystems verhindern immer noch den Bildungsaufstieg: die soziale Herkunft bestimmt, welche Ausbildung Kinder und Jugendliche erhalten. Internationale Studien (Education at a Glance, AES – Adult Education Survey) zeigen, dass Bildung von den Eltern an die Kinder vererbt wird. Mehr als die Hälfte der 25- bis 44-Jährigen (55,8%), deren Eltern einen Hochschulabschluss besitzen, erreichen ebenfalls dieses Bildungsniveau. Im Vergleich dazu erreichen nur 6,6% der Personen aus bildungsfernen Haushalten (höchster Abschluss der Eltern Pflichtschule) einen tertiären Bildungsabschluss. Die Durchlässigkeit des österreichischen Bildungssystems landet auch im OECD-Vergleich im absoluten Schlussfeld: nur in Deutschland und Tschechien schaffen noch weniger Menschen den Bildungsaufstieg (Statistik Austria, S.94; OECD, S.87ff; Lachmayr, S.108f).

Die geringe Bildungsmobilität zeigt sich allerdings nicht nur im tertiären Bildungsbereich. Nahezu ein Drittel der Kinder aus bildungsfernen Schichten (27,3%) erlangt ebenfalls maximal einen Pflichtschulabschluss, aber nur 5,1% der

Kinder aus Akademikerhaushalten bleiben auf der untersten Ausbildungsstufe (Statistik Austria, S.94; Lachmayr, S.111ff).

Auch im Bereich der Weiterbildung, deren Bedeutung stetig zunimmt, zeigen sich dieselben Tendenzen. Im Jahr 2013 nahmen 14% der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teil. Österreich lag damit im oberen Mittelfeld der EU-Staaten. Dabei zeigt sich, dass vermehrt Menschen mit höherer Ausbildung daran teilnehmen (Statistik Austria, S.66). Die zunehmende Bedeutung des »lebenslangen Lernens« verstärkt damit bestehende soziale Ungleichheiten im Bildungsbereich.

WIE GEWONNEN SO ZERRONNEN

Mit dem Erwerb von formalen Bildungsabschlüssen trotz schlechter Startvoraussetzungen ist es aber trotzdem nicht getan. Auch die Verwertbarkeit von Bildung am Arbeitsmarkt steht im Zusammenhang mit der sozialen und ethnischen Herkunft, sowie dem Geschlecht. Während beispielsweise 37% der österreichischen BewerberInnen zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden, sind es bei türkischen BewerberInnen 25,3%, bei NigerianerInnen nur 18,7% (Hofer, S. 5ff). Auch bezogen auf die Aufstiegschancen in den Unternehmen und die Entlohnung lassen sich ähnliche Diskriminierungsmuster feststellen. Bekanntestes Beispiel ist hier der Gender Pay Gap, der Equal Pay Day 2015 am 11. Oktober belegt dies plakativ.

BILDUNGSVERSPRECHEN

Wenn wir von Bildungsversprechen reden, reden wir darüber welche Hoffnungen individuell und gesamtgesellschaftlich mit Bildung und Ausbildung in Verbindung gebracht werden. Wir reden über die Hoffnung auf einen gesicherten Lebensunterhalt, sozialen Aufstieg und die strukturellen Veränderungen in der gesamten Gesellschaft. Diese Frage hat auch die ArbeiterInnenbewegung seit ihren Anfängen begleitet.

Das deutsche Bildungsministerium beschreibt diesen Gedanken folgendermaßen: »Bildung gibt Perspektiven. Sie ermöglicht es jedem Einzelnen, die eigenen Talente zu entfalten. Gute Bildung – vom Kindergarten über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zur Weiterbildung – ist der Schlüssel für Teilhabe und sozialen Aufstieg.« (BMBF Homepage)

Wir diskutieren hier zweierlei:

- Bildung verringert das individuelle Arbeitslosigkeitsrisiko, verbessert die Position am Arbeitsmarkt und sorgt für sozialen Aufstieg.

- Bildung verringert die Arbeitslosigkeit insgesamt, sorgt also für Beschäftigung und ist damit ein probates Mittel in der Arbeitsmarktpolitik.

QUALIFIZIERUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT

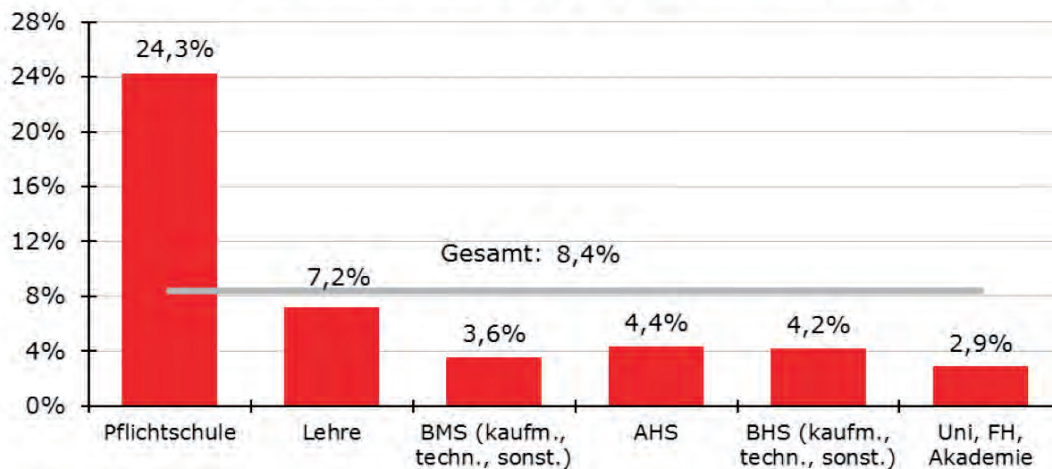
In Österreich liegt ein Schwergewicht (mehr als 50%) der Ausgaben der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Trainingsprogrammen für Erwerbsarbeitslose. Über die Qualität, insbesondere über die Wirkung auf die zukünftigen Chancen der TeilnehmerInnen dieser Bildungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt gibt es sehr unterschiedliche Befunde. Nicht zuletzt gibt es auch Kritik am Design der einzelnen Studien (Lassnig, S. 74ff).

Die größte internationale Metastudie aus dem Jahr 2004, beauftragt von der Weltbank, die die Evaluierungsergebnisse zu 56 Ausbildungsmaßnahmen umfasst, zieht eine durchwachsene Bilanz. Insgesamt sehen die AutorInnen in sogenannten »developed countries« bei manchen Programmen einen positiven Effekt auf die Chancen eine Beschäftigung aufzunehmen, also auf das individuelle Arbeitslosigkeitsrisiko. Sie verweisen aber darauf, dass das jeweilige Maßnahmen-design eine entscheidende Rolle spielt. Im Speziellen werden Programme die mit formalen Qualifikation abschließen, on-the-job-trainings und ganz besonders Maßnahmen zum Erlernen der jeweiligen Landessprache positiv bewertet. Die Studie weist aber auch darauf hin, dass die meisten Weiterbildungsprogramme (im Rahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik) für beschäftigungslose Menschen nur dann positive Wirkung zeigen, wenn die wirtschaftliche Lage grundsätzlich positiv ist. Angesicht der derzeitigen Wirtschaftslage klingt dies nicht allzu optimistisch. Auf die Verbesserung der Einkommenssituation der TeilnehmerInnen gibt es gar keine Hinweise. (Betcherman G.et. al., 26ff)

Diese Studie ist hier nur beispielhaft genannt. Lassnig kommt für Österreich zu folgendem Schluss: »Die Wirkungen der Ausbildungsmaßnahmen [durch das AMS] sind vergleichsweise etwas besser als in anderen Ländern, aber keineswegs eindeutig positiv. Die Bewertung dieser Ergebnisse ist jedoch nicht ganz klar« (Lassnig, S. 74).

Einer der StudienautorInnen der Weltbankmetastudie, Amit Dar, beschreibt die Ergebnisse von Ausbildungsprogrammen für Erwerbsarbeitslose noch nüchterner: »Governments of the member countries of the Organisation for Economic Co-operation and Development have considerable

Arbeitslosenquoten 2014 nach Bildungsabschluss*)



Quellen: AMS, HV

*) Vorgemerkte Arbeitslose einer Bildungsebene bezogen auf das Arbeitskräftepotential (= Arbeitslose + unselbständig Beschäftigte des aktuellen Jahres) der selben Bildungsebene; die Aufteilung der Beschäftigten nach Bildungsabschluss wurde nach Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung 2014 (unselb. Erwerbstätige nach LFK) errechnet.

AMS (2014): Arbeitsmarkt und Bildung, Internet: http://www.ams.at/_docs/001_am_bildung_0614.pdf (06.08.2015)

experience with retraining programs in a variety of industrial settings. Evaluations of these programs show that the results are disappointing, however« (Dar A. S. 79).

Aus dieser Perspektive schneiden arbeitsmarktpolitische Trainingsmaßnahmen nicht sonderlich gut ab. Zumeist werden in der Debatte über Qualifizierung die Zusammenhänge, anhand der Arbeitslosigkeitsraten nach Bildungsabschlüssen aber etwas einfacher dargestellt. Je höher die Bildungsabschlüsse, desto niedriger die Arbeitslosigkeitsrate der jeweiligen Gruppe (siehe Abb. oben)

Richtig ist, dass derzeit die Arbeitslosenquote unter AkademikerInnen und MaturantInnen niedriger ist als jene von Personen mit Lehrabschlüssen und deutlich niedriger als jene die maximal einen Pflichtschulabschluss vorweisen können, also ein Zusammenhang zwischen formalem Bildungsabschluss und Arbeitslosigkeitsrisiko. Ob das breite Angebot an Trainingsmaßnahmen die Situation am Arbeitsmarkt verbessert, lässt sich daraus nicht schließen. Eine weitere zentrale Frage wird aber damit noch nicht beantwortet. Führt eine generelle Höherqualifizierung zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit insgesamt? Dafür gibt es, außer den Beteuerungen von Wirtschaftsverbänden keinerlei Indizien.

Ein Beispiel dafür, dass der Zusammenhang zwischen Qualifikation und Arbeitsmarkt ein durchaus komplexer ist,

zeigt der Blick auf das Phänomen der Überqualifikation. In Österreich ist derzeit mehr als ein Fünftel der Erwerbspersonen unter seinen/ihren Qualifikationen beschäftigt. Frauen und MigrantInnen betrifft dies, aus ganz unterschiedlichen Gründen stärker. Dies hat logischerweise auch Auswirkungen auf die Bezahlung dieser Tätigkeiten. Das Versprechen sozialen Aufstiegs durch Bildung wird für die Betroffenen nicht eingelöst.

Zwar hat der Strukturwandel den Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften verringert. Trotz allem ist beispielsweise in Deutschland noch immer ein Viertel in Bereichen beschäftigt, die als un- bzw. angelernte Tätigkeiten gelten, bzw. Tätigkeiten die keine Berufsausbildung erfordern. Die Hälfte dieser Arbeitsplätze halten mittlerweile Menschen die eine Berufsausbildung haben. Dies verweist uns wiederum auf die überqualifiziert Beschäftigten. (Krenn S.7)

Inwieweit Qualifizierungsmaßnahmen tatsächlich zur Senkung des individuellen Arbeitslosigkeitsrisikos beitragen, wurde schon diskutiert, die Ergebnisse der Studien sind eher ernüchternd. Die Auswirkung von arbeitsmarktpolitischen Qualifizierungsmaßnahmen auf die gesamtgesellschaftliche Erwerbsarbeitslosigkeit ist ohnehin nur noch ideologisch zu fassen. Folgt man der Logik der Standortkonkurrenz, hat eine Gesellschaft mit insgesamt hohem Bildungsniveau gegenüber gering qualifizierten Gesellschaften einen wirtschaftspoliti-

schen Vorteil. Nichtsdestotrotz erscheinen Arbeitsmarkt und Bildung eng verschränkt. Wir erleben hierbei eine doppelte Fokussierung:

Der Blick auf die Arbeitsmarktpolitik engt sich auf den Bereich der Bildung (hier verstanden als Qualifizierung) ein. Zentrale Hoffnung für – egal welche – Probleme des Arbeitsmarkts stellt die Bildungspolitik dar. Letztlich erwuchs aus dem Gezeter der Wirtschaftsverbände über schlecht qualifizierte Arbeitskräfte ein Credo zur Ausbildung auf Seiten der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, und damit verbunden die ideologische Verschiebung der Verantwortung für Arbeitslosigkeit auf die individuelle Ebene. Egal ob relativ hohe strukturelle Arbeitslosigkeit oder wirtschaftliche Depression vor, nach oder zwischen den Finanzkrisen bestehen, wird die eigene Platzierung am Arbeitsmarkt dem schlechten individuellen Bildungsmanagement zugeschrieben. Oder anders formuliert: Die Beschäftigungskrise in Spanien, Italien oder Griechenland ist eben genauso wenig eine Bildungskrise, wie die Finanzkrise eine Staatsschuldenkrise ist.

Dabei gäbe es für eine fortschrittliche Linke sowohl lang bestehende (Arbeitszeitverkürzung, Begrenzung von Überstunden, Vergesellschaftung, ...), als auch aktuelle Konzepte aus sozialen Bewegungen (Gemeinwohlökonomie, Grundeinkommen, ...) die zur Beantwortung von arbeitsmarktpolitischen Fragestellungen durchaus geeignet wären bzw. zumindest die Diskussion um Erwerbsarbeit erweitern könnten. Im Zusammenhang mit diesen Entwürfen müsste Bildung gedacht werden, als Kristallisationspunkt emanzipatorischer Selbstermächtigung. Der Blick auf die Bildung wiederum engt sich ein auf Qualifizierung für den Arbeitsmarkt. Keine Schulreformediskussion, kein Abgesang ans Bildungssystem nach Pisa-Studie kommt ohne den Verweis der Unbrauchbarkeit des produzierten Humankapitals aus. Bildung wird also als Investment ins Humankapital gefasst, von dem alle profitieren. (Ribolits, S 40)

Auch hier ist eine faszinierende Eindimensionalität zu entdecken. Und auch hier gäbe es progressive Ansatzpunkte im historischen Kontext der Volksbildung, als auch in aktuellen Diskussionen der Erwachsenenbildung.

WIE SOLLEN BILDUNGSMASSNAHMEN AUSSEHEN

»Kaum wird jemals die Frage nach Bedingungen des Lernens gestellt, die Menschen ermöglichen würden, selbstbewusst

und mündig zu werden und ihnen dabei helfen könnten, gesellschaftliche Zustände zu durchschauen oder mitzuentdecken, was unter welchen Bedingungen und mit welchem Ressourceneinsatz produziert wird. Lernen dient nicht der Förderung selbstbewusster Individuen sondern der bewussten Anpassung.« (Ribolits, S. 46).

So klingt eine pessimistische Beschreibung der bestehenden Bildungslandschaft. Angesichts der hier aufgelisteten Befunde ist dies auch nicht weiter verwunderlich. Trotz allem wollen wir nicht defatistisch sein, sondern Perspektiven aufzeigen, welche Kriterien Bildungsmaßnahmen erfüllen müssten. Dies tun wir ausgehend von einigen Überlegungen zum Bildungsbegriff.

BILDUNG – BEGRIFFSDEFINITION

Werner Lenz schreibt in seinem Buch »On the Road again«, dass eine gängige Erklärung besagt, dass Bildung nichts anderes ist, als all jenes, was übrig bleibt, wenn alles Gelehrte vergessen wurde (Lenz, S.65). Lenz definiert Bildung als einen lebensbegleitenden Prozess, der durch ständige Auseinandersetzung, ständiges Urteilen, Entscheiden und Handeln gekennzeichnet ist (Lenz, S.82). Für Elke Gruber steht bei Bildung die Auseinandersetzung des Menschen mit der Gesamtheit seiner Lebenswelt und nicht nur mit einem begrenzten kleinen Ausschnitt, wie das zum Beispiel im Rahmen der Qualifizierung für einen Beruf der Fall ist, im Mittelpunkt (Gruber, S.5).

Der Ausspruch »Wissen ist Macht« bedeutet aus Lenz Sicht nichts anderes, als über bestimmte Kenntnisse zu verfügen und mit ihrer Hilfe gesellschaftliche Führungspositionen abzusichern. Humanistische Denker wiederum, wie Comenius, wollten »alle alles lehren«, um eine soziale, gesellschaftliche Gleichheit und Gerechtigkeit herzustellen. Allerdings, dieser Totalanspruch, dass Wissen allen Menschen zur Verfügung stehen soll, führt sich ad absurdum, denn schon seit jeher versuchten gesellschaftliche Gruppen den Zugang zu Wissen zu regulieren, wie u.a. bei Frauen. Frauen blieb der Zugang zu höherer Bildung und zu vielen anerkannten Berufsausbildungen bis zur Wende des 19. zum 20. Jahrhunderts verwehrt. Erst in den 1960ern zeichnet sich eine Änderung ab. Obwohl mittlerweile Mädchen die Buben in den Schulen überholt haben, sowohl was die Höhe des Abschlusses auch die Noten betrifft, hat sich am Arbeitsmarkt, in der Gesellschaft und in der Familie erstaunlich wenig verändert: Geld, Macht, Aufstieg sind nach wie vor männliche Attribute und der heutige

Schulbesuch, die höhere Bildung steht noch immer mit gesellschaftlichen Verhältnissen im Zusammenhang (Lenz, S.65f/Gruber, S.4).

Während all der Jahre hat sich der Bildungsbegriff gewandelt. Lenz spricht von Bildung als Konsumgut (Lenz, S.69). Was in der heutigen Gesellschaft zählt, sind in Wirklichkeit Abschlüsse, Zeugnisse, Zertifikate und Qualifikationen, die man vorweisen und verwerten kann. Auch Wolfgang Klafki spricht davon, dass Bildung im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem Privileg geworden ist, denn Bildung legitimiert und stabilisiert die oberen Schichten (Lenz, S.74). Klafki setzt sich dafür ein, Bildung seine politische Bedeutung wieder zurückzugeben. Der viel verwendete Ausspruch ‚Bildung für alle‘ kann aus seiner Sicht nur so verstanden werden, dass Bildung als demokratisches Mittel betrachtet, gesellschaftliche Ungleichheit vermeiden soll.

Lenz tritt für selbstbestimmte Bildungswege ein, denn den Menschen formt und bildet alles, womit er sich auseinandersetzt. Jeder Einzelne ist für seine Entwicklung, für seine Bildung verantwortlich. Für ihn ist Bildung ein Prozess des Auseinandersetzens mit sich selbst, dem unmittelbaren sozialen Umfeld und der Welt. Bildung besteht im Suchen nach Orientierung für das Denken und Handeln. Niemand kann gebildet werden, jeder und jede bildet sich selbst. Allerdings sollten Bedingungen geschaffen werden, die es den Lernenden ermöglicht, für die eigene Bildung Verantwortung zu übernehmen. Niemand kann zur Bildung gebracht werden. Bildungseinrichtungen beanspruchen, was sie gar nicht leisten können. Sie disziplinieren, vermitteln, prüfen, aber bilden können sie nicht. Bildung und Lernen ist an Institutionen gebunden und es gibt wenig Anerkennung für selbstständigen Wissenserwerb, denn es zählen nur die offiziellen Bescheinigungen. (Lenz, S.78–82).

Wenn sich die Frage stellen lässt, was Bildung sein soll, ist es verständlich, dass diejenigen die sich dafür verantwortlich fühlen, wie u.a. PolitikerInnen und ÖkonomInnen ganz anders fragen. Was muss ein Mensch wissen und können, um in der heutigen Welt zu bestehen – eine Arbeit zu bekommen und seine BürgerInnenpflichten zu erfüllen? oder ‚Was für Menschen – mit welchen Tugenden und Qualifikationen – braucht die heutige Welt oder unser Land zur Bewältigung der Zukunft?‘. Diese beiden Fragen unterscheiden sich nach Hentig dadurch, dass die eine vom Individuum, die andere von der Gesellschaft ausgeht. Setzt die Wirtschaft nicht mehr

auf Wissen sondern auf Schlüsselqualifikationen, dann wird dies einerseits dem Individuum die Chance geben auf dem Arbeitsmarkt zurechtzufinden, andererseits ihn hoffnungslos ausliefern. Die gängige, ökonomische Gleichung, alle können zufrieden sein, wenn alle gebraucht werden, geht somit nicht auf (Hentig, S.29f).

Heutzutage gilt vor allem die Allgemeinbildung als Patentrezept gegen die qualifikatorische Unsicherheit. Unter Allgemeinbildung ist eine breitgefaste und grundlegende Bildung zu verstehen. Auf diese wiederum kann mit jeweils neuen beruflichen Spezialisierungen im Rahmen des lebenslangen Lernens aufgebaut werden. Daraus folgt, dass Allgemeinbildung für den Arbeitsmarkt brauchbar geworden ist. Gemeint ist damit vor allem die möglichst reibungslose Anpassung an die veränderten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft (Gruber, S.4f).

EMANZIPATION UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE

Die ausschließliche Orientierung an Erfolgsquoten, bzw. generell an outputorientierten Kriterien erschwert die Einbeziehung von gesellschaftspolitisch relevanten Fragestellungen. Darüber hinaus verführen Vermittlungs- bzw. Erfolgsquoten zum »Creaming« (Selektion der BewerberInnen nach prognostizierten Ergebnissen) beim Zugang zu Bildungsangeboten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen gesellschaftlichen Positionierung und der Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe muss zentraler Bestandteil von Bildung sein. Dazu gibt es auch zahlreiche Best-practice-Beispiele.

SELBSTBESTIMMTER ZUGANG ZU BILDUNGSMASSNAHMEN

Aus Studien zur Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen wissen wir, dass die Akzeptanz zur Teilnahme stark vom Zwangscharakter abhängt. Die Verpflichtung zum Besuch führt tendenziell zu höheren Drop-Out-Quoten und insgesamt schlechteren Ergebnissen. Ausgehend von einem emanzipatorischen Bildungsbegriff, der auf Selbstermächtigung und gesellschaftliche Teilhabe abzielt, führen sich Bildungsmaßnahmen unter Zwang ad absurdum. Bei der Entscheidung für Bildungsmaßnahmen bedarf es vielmehr der Unterstützung bei der Planung der eigenen Bildungslaufbahn.

Auch die Koppelung von Unterstützungsleistungen an die Teilnahme an bestimmte Maßnahmen widerspricht einem solchen Bildungsbegriff.

PARTIZIPATORISCHE GESTALTUNG VON BILDUNGSMASSNAHMEN

Die TeilnehmerInnen müssen als ExpertInnen für ihre Lebenssituation begriffen werden. Dies heißt, dass sie auch bei der konkreten Gestaltung der Bildungsprozesse ein Mitspracherecht haben müssen. Gerade angesichts dessen, dass ein mittlerweile großer Teil junger Menschen den Einstieg ins Berufsleben über unterschiedliche Kurs- und Qualifizierungsmaßnahmen macht, also von klassischen Beteiligungsmodellen in Schule und Betrieb ausgeschlossen sind. Demokratische Beteiligungsmodelle für die jeweiligen Kursmaßnahmen müssen entwickelt und in den Institutionen auch gelebt werden.

ARBEITSVERHÄLTNISSE UND FINANZIERUNG IM BILDUNGSBEREICH

Gerade der Bereich der Erwachsenenbildung (in dem ein Großteil der außerschulischen Bildungsmaßnahmen stattfindet), ist geprägt von prekären Arbeitsbedingungen. Diese haben Auswirkungen auf die Qualität. Hier braucht es eine stabile, langfristige Finanzierung anstatt kurzfristiger Projektzusagen, die vernünftige Anstellungsbedingungen erlaubt. Da wir Bildung grundsätzlich als öffentliche Aufgabe verstehen, muss die Vergabe öffentlicher Gelder auf den Non-Profit-Bereich beschränkt sein.

LANGFRISTIGE PERSPEKTIVEN

Den TeilnehmerInnen muss ermöglicht werden mittel- und langfristige Bildungsperspektiven zu entwickeln. Kurzmaßnahmen dienen oft nur der Bereinigung der Statistik und haben keine nachhaltige Wirkung. Der Zugang zu Bildung ist nicht zuletzt von finanziellen Ressourcen abhängig. Beispielsweise ist der Besuch einer höher bildenden Schule für junge Erwachsene im Regelfall unvereinbar mit dem Erhalt von AMS-Leistungen. Die materielle Absicherung der TeilnehmerInnen muss insgesamt auf eine breitere Basis gestellt werden.


FAZIT

Die einfache Formel nach der ein Mehr an Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowohl das individuelle Arbeitslosigkeitsrisiko verringert, als auch gesamtgesellschaftlich zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit beiträgt, geht nur bedingt auf. Angesichts des gesellschaftlichen Strukturwandels ist Bildung notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung im Umgang mit der Krise der Erwerbsarbeit. Darüber hinaus müssen zur Beantwortung derselben auch (wieder) andere Maßnahmen in Diskussion gebracht werden. Einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen,

QUELLEN

Betcherman G., Olivas K., Dar A (2004): Impacts of Active Labor Market Programs: New Evidence from Evaluations with Particular Attention to Developing and Transition Countries. Social Protection Discussion Paper Series No. 0402. The World Bank. Internet: <http://siteresources.worldbank.org/SOCIALPROTECTION/Resources/SP-Discussion-papers/Labor-Market-DP/0402.pdf> [03.09.2015] | **Bourdieu, Pierre** (2001): Wie die Kultur zum Bauern kommt. Über Bildung, Schule und Politik, Hamburg. | **Bundesministerium für Bildung und Forschung** (2014): (<https://www.bmbf.de/de/aufstieg-durchbildung-1240.html>) [10.09.2015] | **Dar A. / Gill I. S.** (1998) Evaluating Retraining Programs in OECD Countries: Lessons Learned The World Bank Research Observer, vol. 13, no. 1 (February 1998), pp. 79–101 The International Bank for Reconstruction and Development / The World Bank, Internet: http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2013/04/15/000333037_20130415162208/Rendered/PDF/766130JRN0WBRO00Box374385B00PUBLIC0.pdf [08.08.2015] | **Gruber, Elke**: Kurze Geschichte des Bildungsbegriffs. http://files.adulteducation.at/wba/1-Gruber_Elke_Bildung.pdf [27.8.2015] | **Hofer H., Titelbach G., Weichselbaumer D., Winter-Ebner R.** (2013): Diskriminierung von MigrantInnen am österreichischen Arbeitsmarkt. IHS Wien. | **Kesselring, Alexander/ Leitner, Michaela**: Soziale Herkunft und Schulerfolg. Aktuelle Daten und weiterführende Forschungsperspektiven, S.90-108 in: Eler, Ingolf (2007): Keine Chance für Lisa Simpson? Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Wien. | **Lachmayr, Norbert**: Bildungswegentscheidung, S. 108-120 in: Eler, Ingolf (2007): Keine Chance für Lisa Simpson? Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Wien. | **Lassnig L.**: Qualität und Wirkungen von arbeitsmarktpolitischen Trainingsmaßnahmen. In: Biff G., L. Lassnig L.(2007): Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen, Vergleichende Analysen und Strategievorschläge für Österreich. Wien. | **Lenz, Werner** (1999): On the road again: mit Bildung unterwegs. Innsbruck und Wien. | **OECD** (2014): Education at a Glance 2014. OECD Indicators. OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/eag-2014-en> [15.09.2015] | **Ribolits E.**: Vom sinnlosen Arbeiten zum sinnlosen Lernen. In: Renner **E., Ribolits E., Zuber J.** 2004 (Hg.): Wa(h)re Bildung: Zurichtung für den Profit. Schulheft 113/2004. Innsbruck, Wien, München, Bozen. | **Statistik Austria** (2015): Bildung in Zahlen 2013/2014: Schlüsselindikatoren und Analysen, Wien. | **Wisbauer, Alexander**: Regionale Bildungschancen, S.202-217 in: Eler, Ingolf (2007): Keine Chance für Lisa Simpson? Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. Wien. | **Von Hentig, Hartmut** (2009): Bildung. Ein Essay. Weinheim und Basel. | **Krenn M.** (2010): Gering qualifiziert in der »Wissensgesellschaft«- Lebenslanges Lernen als Chance oder Zumutung? FORBA-Enbericht. Forschungsbericht im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte. Wien.

überqualifizierter Beschäftigung, vererbter Bildung, Diskriminierungen am Arbeitsmarkt und der ungleichen Verteilung nach Kapital und Arbeit ist mit Bildungsmaßnahmen alleine nicht beizukommen.

Die Fokussierung von Bildung auf den Arbeitsmarkt hat umgekehrt den Bildungsbegriff beeinflusst. Die Zuspitzung auf Verwertbarkeit und Schlüsselqualifikationen verengt das was Bildung sein kann, zusehends. Aus fortschrittlicher Perspektive müssen daher Inhalte und Strukturen in Schule und Weiterbildungsmaßnahmen eingefordert werden, die auf Emanzipation, Teilhabe, demokratische Mitbestimmung und materielle Absicherung der Lernenden abzielen, damit Bildung nicht weiter zu einer reinen Zurichtung zur Arbeit (Ribolits) verkommt. 

VANESSA KINZ, NIKOLAUS ECKER und **SENAD LACEVIC** sind beim Verband Wiener Volksbildung beschäftigt. Der Beitrag wurde beim Kongress »momentum15: Kritik« (22. – 25.10.2015 in Hallstatt) präsentiert.

Oberösterreich ist anders

Josef Weidenholzer analysiert das Wahlergebnis der Oberösterreichischen Landtagswahlen aus der Sicht eines begeisterten Oberösterreichers und skizziert, warum die Sozialdemokratie auf die oberösterreichische Tradition der Widerständigkeit setzen muss, um auch in diesem Bundesland Erfolg zu haben.

Als ich am Montag nach der Wiener Gemeinderatswahl nach Brüssel kam, wurde ich von vielen Kolleginnen und Kollegen freudig begrüßt: »Toll habt ihr das in Wien gemacht. Das ist ein Signal für ganz Europa. Prinzipienfestigkeit zahlt sich aus.« So, oder so ähnlich waren die Reaktionen. Natürlich freute ich mich darüber. Gleichzeitig kam aber Wehmut auf. Ich musste an die Wahlen in meinem Heimatbundesland oö vor zwei Wochen denken. Die FPÖ, die sich »soziale Heimatpartei« nannte, hatte einen Erdrutschsieg errungen.

HEIMAT OBERÖSTERREICH

Ich bin Oberösterreicher, mit Leib und Seele. Obwohl ich die meiste Zeit im Ausland unterwegs bin. Immer wenn ich zurückkomme, habe ich das Gefühl nach Hause zu kommen. Zu Hause sein, das bedeutet Vertrautheit und Zugehörigkeit. Ein schönes Gefühl. Oberösterreich ist meine Heimat. Ich gehöre zu den glücklichen Menschen, die eine Heimat haben. Ich weiß, dass ich immer zurückkommen kann. Der Familie wegen, der Freunde wegen, und weil die Berge nirgendwo so faszinierend sind, wie im Inneren Salzkammergut. Und nirgendwo gibt es einen so köstlichen Most. Ganz wenige Gegenden Europas verstehen sich darauf, aus Äpfeln und Birnen Wein zu bereiten. Nirgendwo schmeckt der Schweinsbraten, vor allem in seiner gesurten Version so gut. Und gar die Speckknödeln aus meiner innviertler Heimat. Unlängst habe ich sie einem koreanischen Kollegen zubereitet. Er sagte mir, dass er damit in Seoul großen Anklang fände. Schön. Aber ganz ehrlich, es gibt raffiniertere Küchen und edlere Getränke und auch die Berge sind vielerorts mächtiger.

Seine Heimat zu lieben, das bedeutet vor allem, das verlässlich wiederkehrende Normale zu schätzen, aber nicht, dies

zum globalen Maßstab zu erklären. Auf diese Weise lässt sich auch das Besondere einer Gegend erfassen. An Oberösterreich schätze ich den notorischen Hang, die Dinge pragmatisch zu sehen und die Fähigkeit, sachliche Lösungen zu finden. Das meiste ist unspektakulär und vorhersehbar. Das Präzente liegt uns nicht unbedingt. Politische Auseinandersetzungen werden hierzulande meist nicht mit der feinen Klinge geführt.

Die im politischen Betrieb allgegenwärtigen Intrigen sind im Gegensatz zur Bundeshauptstadt meist recht grobschlächtig. Bodenständigkeit ist eine hervorragende Eigenschaft der Menschen in Oberösterreich. Allerdings stellt dies nicht unbedingt einen Nachteil dar. Auf solchem Fundament und oft im Widerspruch dazu wächst mitunter Großes. Nicht von ungefähr wurde Oberösterreich zum Exportmotor der Republik. Oberösterreichische Ingenieurkunst ist auf dem ganzen Globus geschätzt. Anton Bruckner, der Prototyp oberösterreichischer Bodenständigkeit, gehört zum Repertoire aller Orchester dieser Welt, aber auch die zeitgenössische Kulturszene kann sich sehen lassen. Weit über Oberösterreich hinaus.

Oberösterreich ist eine Region, wo Widerspruch gedeiht. Seit jeher. Das beginnt mit dem unterschätzten Bauernführer Stefan Fadinger und reicht bis zu Richard Bernaschek und den Februarkämpfern des Jahres 1934. In Oberösterreich gibt es ein weitverbreitetes Gerechtigkeitsempfinden und viele Sturköpfe, die sich – wenn einmal überzeugt – von nichts und niemanden abhalten lassen. Mostschädeln eben. In Oberösterreich liebt man aber auch die ganz großen Dinger. Der Vierkanthof ist Sinnbild für diesen Hang zum Klotzen. Bescheidenheit ist keine hervorragende Eigenschaft. Eher die Freude am Erfolg und die Bereitschaft auch darüber zu reden.

ERFOLGSTORY OBERÖSTERREICH

Oberösterreich ist eine Erfolgsgeschichte. Zumindest seit ich auf der Welt bin, war das so. Oberösterreich als Symbol für das aufstrebende Nachkriegsösterreich. Für jenes Österreich, das zum Erstaunen der Welt aus viel mehr als Walzerseligkeit, Sachertorte oder Kapuzinergruft besteht. Mehr als ein halbes Jahrhundert ging es steil aufwärts. Das ist in erster Linie dem Fleiß, der Tüchtigkeit und der Weltoffenheit seiner Menschen zu verdanken, auch wenn die Landespolitik das gerne anders inszeniert. Und es war im Besonderen auch unternehmerische Tatkraft und Risikobereitschaft.

So wie der Steyrer Josef Werndl im 19. Jahrhundert haben sich nach dem Krieg mittelständische Unternehmer, die von einer Geschäftsidee besessen waren, hochgearbeitet und ihren Regionen Wohlstand und Stabilität gegeben. Und auch das sollte nicht vergessen werden, über lange Zeit waren verstaatlichte Unternehmen das Rückgrat des industriellen Oberösterreich. Viel kritisiert und gescholten und manchmal zu Recht. Aber ganz ehrlich, ohne die mutigen Entscheidungen in den 80er- und 90er-Jahren, dass der Staat Geld, und zwar ordentlich viel Geld in die Hand nimmt, würde es den Industriestandort Oberösterreich von einer derartigen Bedeutung nicht mehr geben. Der Erfolg hat immer viele Väter und Mütter. Im Falle Oberösterreichs war das auch so. Besondere Standortvoraussetzungen, Menschen, die bereit und in der Lage sind, daraus etwas zu machen und Glück braucht man auch.

DIE TOTALE VEREINNAHMUNG

Der oberösterreichischen Volkspartei ist es gelungen, den Eindruck zu erwecken, als wäre das alles nur ihr zuzuschreiben. Sie hat ihr politisches Kapital optimal eingesetzt und sich durch kluge Machtpolitik weit über ihr politisches Klientel hinaus Zustimmung sichern können. Mitunter ist das mehr als grenzwertig. Etwa, wenn sich das Logo oberösterreichischen Volkspartei und das des Landes kaum voneinander unterscheiden lassen. Eigentlich wäre das gar nicht notwendig. Aber diese grafische Gleichsetzung enthüllt gleichsam das Erfolgsgeheimnis. Oberösterreich das ist »sepp-verständlich« die övp. Machterhalt als Primärtugend.

Mitunter geht es zulasten der Substanz, wenn die Prinzipienlosigkeit gleichsam zum Prinzip gemacht wird. Lange bevor Angela Merkel aus denselben Gründen die Sozialdemokratisierung der CDU betrieb. Schon in den 1920er-Jahren kritisierte

die damalige christlich-soziale Politikerin Fanny Starhemberg den Opportunismus ihrer Partei, die sie mit der Leibspeise der Oberösterreicher, dem Bauerngeselchten verglich: außen schwarz und innen rot. Die heutige övp unterscheidet sich davon nicht wirklich. Sie ist ein politisches Chamäleon, das seine Farbe je nach Situation wechselt. Der Farbwechsel dient bei Chamäleons bekanntlich der Kommunikation. Der öövp ist es grandios gelungen, zwischen Schwarz, Rot, Grün und Blau zu changieren. In der letzten Zeit war viel Blau im Einsatz. Der LH selbst gab bereits ein Jahr vor den Wahlen das Signal dazu und brachte die Einführung von Grenzkontrollen ins Gespräch. Aus heiterem Himmel. Aber was tut man nicht alles, um eine möglichst große Mehrheit zu bekommen. Diese schien zu diesem Zeitpunkt noch in Reichweite. Also warum nicht ein bisschen auf der rechtspopulistischen Welle mitschwimmen. Diese Welle war freilich so gewaltig, dass sie den Stimmenoptimierer immer weiter von seinem Ziel forttrug. Unaufhaltsam. Ein Chamäleon soll sich eben nicht auf ein Surfbrett wagen.

DAS ENDE DER SEPP-VERSTÄNDLICHKEIT

Diese Landtagswahlen zerstörten den Mythos övp in Oberösterreich. Definitiv und nachhaltig. Der gewaltige Materialeinsatz, mit dem sich die Partei Pühringers in den letzten Wochen gegen die drohende Niederlage stemmte, tat ein Übriges dazu. Nirgendwo konnte man dem Konterfei des Landeshauptmanns entkommen. Je mehr und je lauter die öövp vor einer Wahlniederlage warnte, desto mehr Menschen kamen auf die Idee, sie nicht zu wählen. Nicht nur des Flüchtlingsthemas wegen. Da hatten sich die Oberösterreichischen Schwarzen mit ihrem opportunistischen Kurs selbst aus dem Spiel genommen. Mit den Ängsten der Menschen spielen, das können jene am besten, die das zu ihrem politischen Geschäft gemacht haben.

Aber so mancher begann sich grundsätzliche Fragen zu stellen. Wieso war eine Partei, die so offensichtlich damit prutzte, für Oberösterreichs führende Position verantwortlich zu sein, nicht willens, ein paar Hundert zusätzliche Flüchtlinge unterzubringen? Da half auch die Ausrede wenig, für die Unterbringung von Asylwerbern wäre (formal) der rote Regierungspartner zuständig. Weil im Hintergrund die faktische Macht vor allem darum bemüht gewesen war, die eigenen schwarzen Gemeinden zu »verschonen«. Eine Partei, die es der eigenen Propaganda nach schaffte, die »ganz großen Dinger«, wie Musiktheater oder medizinische Fakultät zu stemmen, sollte an ein paar Hundert Flüchtlingen scheitern?

Weil sie dieses opportunistische Spiel betrieb, trug die öö. Volkspartei maßgeblich zu ihrer Selbstdemontage bei. Das Liebäugeln mit populistischen Scheinlösungen trübt eben den klaren Blick. Politiker sollten den Menschen nicht einfach hinterherlaufen. Vielmehr sollten sie vorangehen und dafür werben, über die nächsten Wahlen hinauszudenken. Je länger die Ära Pühringer andauerte, desto mehr verding sich die öövp, im Netz der Selbstgefälligkeit und begnügte sich, die Welt aus dem selbst gesetzten Rahmen, der primär mit Machterhalt zu tun hatte, zu erklären. Die eigene Propaganda wurde zunehmend mit der Realität gleichgesetzt. Auf diese Weise wird die Welt recht klein. Irgendwann kommt dann der Moment, wo die Zeit an einem vorbeizieht und Kritik nicht mehr als hilfreich, sondern als Ausdruck der Undankbarkeit empfunden wird.

WENN POLITIK KEINE ANTWORTEN GIBT

Oberösterreich ist eine Region, wo sich langfristige Veränderungen zu allererst bemerkbar machen. Das hängt mit seiner Struktur zusammen. Industrieregionen sind weitreichenden Veränderungsprozessen ausgesetzt. Zukunftsorientierte Politik kann sich nicht darauf beschränken, nur das Bestehende fortzuschreiben. Die Zukunftsfragen werden nicht durch mehr und ungehindertes Wachstum gelöst, sondern durch bewusste qualitative Entscheidungen für den Standort. Und die Politik sollte sich auch in Bescheidenheit üben und die Menschen wissen lassen, was sich auf regionaler Ebene gestalten lässt: relativ wenig.

Alles andere ist Selbstanmaßung. In einem Staat, in dem das Landesfürstentum vorherrscht, ist diese Versuchung sehr groß. Pühringers övp hat diese Selbstüberschätzung auf die Spitze getrieben. So wie die Vorväter. Sie haben als Zeichen ihrer selbstverständlichen Macht Vierkanthöfe in die Gegend gesetzt. Auch an diesen ist die Zeit vorbeigezogen. Veränderungen, noch dazu, wenn sie epochalen Charakters sind, wie der Übergang zu einer Industrie 4.0 dominierten Struktur, die zunehmend global bestimmt ist, produzieren Ängste. Vor allem dann, wenn sie nicht erklärt werden können und nicht durch soziale Sicherungsmaßnahmen abgefedert werden.

Das ist der Hintergrund dafür, warum das »Flüchtlingsproblem« in diesem Sommer zum alles entscheidenden Thema wurde. Leider empfanden viele Menschen die Flüchtlinge als Bedrohung. Nicht nur, weil den Hetzern nichts entgegengesetzt wurde. Vor allem, weil die Verantwortlichen lange Zeit glaubten, das Thema totschweigen zu können. Die gelegend-

lichen populistischen Rülpsen waren auch kein Zeichen von Lösungskompetenz. Viele Menschen fühlten sich alleine gelassen und nicht ernst genommen. Die ungewohnten Bilder von Zeltstädten und überfüllten Bahnhöfen, die Flut an Gerüchten und Lügen verstärkten die bereits vorhandenen Angstgefühle. Immer mehr wurden anfällig für einfache Erklärungen (»die Muslime«) und Lösungen (»Grenzen dicht«) und ließen ihren Gefühlen freien Lauf. Angst, Wut, Enttäuschung und Rachegefühle bestimmten das Wahlverhalten. Das Wahlergebnis war vor allem ein Nein: Nein zu den etablierten Parteien. Nein zu den tatsächlichen und vermeintlichen Bedrohungen. Nein zu den befürchteten negativen Zukunftsperspektiven. Ich bezweifle, dass die breite Masse der blauen Wählerschaft das Signal setzen wollte, den »Reformstau« aufzulösen, wie uns das Leitl und Strugl neuerdings einreden wollen.

PROFITIEREN VON DER SCHWÄCHE DER ANDEREN

Die FPÖ verstand es geschickt, diese Stimmung zu nutzen. Wie anders wäre es sonst möglich gewesen, dass Arbeiter in Scharen einer Partei zuströmten, die sich für den Abbau von sozialen Rechten starkmachte. Oder, dass die öö. Industriellenvereinigung eine Partei unterstützte, welche die EU und den Euro für alles Übel verantwortlich machten. Es wäre daher zu kurz gegriffen, das Wahlergebnis als Rechtsruck zu verstehen. Häufig wird behauptet, dass OBERÖSTERREICH eine besondere Affinität zum Nazitum hätte. Von wegen Hitler, Kaltenbrunner oder Eichmann. Hitler war zwar Oberösterreicher. Aber sein Wirkungskreis war ein anderer. Und er wäre hier wohl nie Landeshauptmann geworden. Das trifft auch auf eine andere Galionsfigur der Rechten zu, die natürlich nicht mit ihm vergleichbar ist: Jörg Haider. Dessen Wirkungskreis erschloss sich bekanntlich in Kärnten.

Aber natürlich gibt es auch in Oberösterreich ein rechtes Milieu in ungebrochener historischer Kontinuität. In meiner Innviertler Heimat ist das leider besonders ausgeprägt. Davon abgesehen passiert in Oberösterreich aber nichts anderes als im übrigen Österreich. Eine von stramm-rechten Burschenschaftlern beherrschte FPÖ hat sich darauf spezialisiert, die Ängste der Menschen aufzugreifen und politisch zu instrumentalisieren. Unsicherheit wird in Angst umgemünzt, durch regelrechte Hetzkampagnen verstärkt und auf Sündenböcke umgelenkt. Auf diese Weise wird die politische Richtung vorgegeben. Die etablierten Parteien haben das seit dreißig Jahren, als sich Jörg Haider an die Spitze der FPÖ geputzt hatte, nicht begriffen.

DIE CHRONISCHE SCHWÄCHE DER SOZIALDEMOKRATIE

Leider auch nicht die SPÖ. Die Frage ist berechtigt, warum in einer dynamischen Industrieregion wie Oberösterreich die Sozialdemokraten bei regionalen Wahlen niemals wirklich reüssieren konnten. Bei Bundeswahlen ist das bekanntlich umgekehrt. Es liegt sicherlich nicht an den Parteimitgliedern, die verglichen mit anderen Bundesländern überaus engagiert und politisiert sind. Auch auf dem flachen Land. Auch jetzt noch. Schon eher liegt es an den strukturellen Voraussetzungen. Bis in die 90er-Jahre waren die Sitze in der Landesregierung fein säuberlich auf die drei Statutarstädte Linz, Wels und Steyr aufgeteilt. Ein Großteil der politischen Energie wurde dafür aufgebraucht, die unterschiedlichen Interessen im Gleichgewicht zu halten. Also nur niemanden zu einflussreich werden lassen.

Und jede(r) nur in den zugewiesenen Bereichen. Personalentwicklung war und blieb ein Fremdwort. Die chronische Schwäche der Partei hat vor allem mit mangelnder Führungsstärke zu tun. Keinem der bisherigen Vorsitzenden ist es gelungen, die Partei als Nr. 1 aufzustellen und professionellen Organisationsmethoden zum Durchbruch zu verhelfen. Alle waren sie bloß Getriebene. Nicht nur innerparteilich. Vor allem durch den Koalitionspartner ÖVP, wo sowohl Führungsstärke als auch zumindest ein gewisses strategisches Vermögen vorhanden war. Den sozialdemokratischen Obmännern ging es aber immer darum, ein möglichst guter Zweiter zu sein. Vorrangig war, nur ja nichts von den bisherigen Kompetenzen zu verlieren. Weil man sich jenen verpflichtet fühlte, die einen auf diese Position gesetzt hatten. In der Erwartung, auch in der künftigen Legislaturperiode ausreichend Zugang zu Landesmitteln zu erhalten. Taktik und nicht Strategie bestimmten den Kurs der oberösterreichischen SPÖ. Das ist auf Dauer zu wenig.

In der 70-jährigen Nachkriegsgeschichte gab es zwei Momente, wo man den Teufelskreis, ewig Zweiter zu sein, hätte durchbrechen können. 1967, als die SPÖ im Sog des Bundestrends unvermutet stimmenstärkste Partei wurde und nichts daraus machen konnte. Wahrscheinlich, weil man so überrascht war. Und 2003: Da konnte Erich Haider Stimmenzuwächse im zweistelligen Bereich erzielen. Dem war ein auf Inhalte konzentrierter Wahlkampf vorhergegangen. Im Kampf gegen die Privatisierung der VÖEST konnten tausende Mitglieder und Sympathisanten mobilisiert werden. Abermals gelang es nicht, diesen Erfolg in politische Gestaltungsmacht umzuwandeln. Indem die ÖÖVP ein Regierungsabkommen mit den

Grünen erfolgreich als schwarz-grünes Koalitionsexperiment verkaufen konnte, wurde der Spielraum der Sozialdemokraten deutlich reduziert. Eine »Koalition«, von der man recht wenig merkte. Lediglich manche Stimmen aus dem Umfeld der Industriellenvereinigung, die die epochalen Veränderungen zweifelsohne registrierte, glaubten (in Verkenning der Ressortverteilung und die Megatrends fahrlässig ignorierend) darin den Kern des Übels zu erblicken: »Es war eine Koalition gegen das Volk, die überzogene Naturschutzmaßnahmen wie Luchs- und Elchkorridore durchgesetzt hat.« Die Regierungsbeteiligung der Grünen konnte wenig bewirken. Zu viel mehr, als Schnittlauch auf der schwarzen Nudelsuppe zu sein, reichte es nicht. Und dennoch sind die Grünen bei den Landtagswahlen der Sozialdemokratie recht nahegekommen. Auf zwei Sozialdemokraten entfällt ein Grüner.

Es ist nicht leicht, ein Sozialdemokrat in Oberösterreich zu sein. Ich habe das selbst intensiv, zur Genüge erlebt. Doch das ist etwas für ein andermal. Auf jeden Fall es ist nicht gut für das Land Oberösterreich, dass sich die Sozialdemokratie nicht so entfalten konnte, wie das eigentlich hätte sein müssen. Ich denke an all die tausenden Frauen und Männer, die ich im Lauf der Jahre kennengelernt habe. Quer durch das Bundesland und quer durch alle sozialen Schichten. Zumeist waren es einfache Menschen, uneitel und positiv gesonnen, die bereit waren, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Ganz pragmatisch und zupackend, so wie es für Oberösterreich typisch ist. Geradlinige Menschen, die stolz auf ihre Gesinnung sind. Nur auf kommunaler Ebene war es diesen Menschen möglich, sich einzubringen. Sonst sah es für eine(n) Rote(n) ziemlich schwarz aus. Diese Menschen, die das Fundament einer guten Demokratie sind, gibt es aber nicht nur in der Sozialdemokratie. Auch in anderen Parteien, in Kirchen und der muslimischen Community, in Vereinen und seit der Flüchtlingskrise auch auf Bahnhöfen und Notunterkünften. Viele wollen mitgestalten und können sich nur beschränkt entfalten.

WAS NUN?

Wenn wir aus dem Wahldesaster lernen wollen, dann müssten wir alles tun, diesen Menschen Gehör zu verschaffen. Dann müssten wir daran gehen, ganz im Sinne der oberösterreichischen Tradition der Widerständigkeit, dem Landesfürstentum zu Leibe zu rücken. Dann müssten wir beginnen, den hypertrophen Machtapparat auf Landesebene abzubauen. Vor allem müssten wir dem Föderalismus, der zur zerstörerischen Zentrifugalkraft in dieser Republik geworden ist, ordentlich die Flügel stutzen. Dazu braucht es eine breite Koalition von

reformwilligen Menschen. Eine erneuerte Sozialdemokratie könnte dabei eine wichtige Rolle spielen.



STEIERMARK IM BLICK

UNIVERSALMUSEUM JOANNEUM

Wie wirkt sich expansives ökonomisches Handeln in Tourismus und Landwirtschaft auf die Anmutung der steirischen Landschaft aus? Und sind wir bereits auf dem Weg von einer Erlebnisgesellschaft zur Ergebnissesellschaft, in der über soziale Netzwerke dokumentierte Anwesenheit in der Landschaft wichtiger ist, als sich in ihr zu ergeben? Als Teil des Themenschwerpunkts „Landschaft“, der 2015 an mehreren Standorten des Universal museums Joanneum aufgegriffen wird, gibt die Ausstellung Steiermark im Blick Antworten auf diese und weitere Fragen. Anhand von etwa 250 Exponaten wie Postkarten, Werbeplakate, Souvenirs und interaktiver Stationen erfahren Besucherinnen und Besucher, wie Landwirtschaft und Tourismusindustrie sich die steirische Natur schrittweise angeeignet haben.

Volkskundemuseum
Paulustorgasse 11–13a, 8010 Graz
Bis 6. Jänner 2016

JOSEF WEIDENHOLZER

ist Abgeordneter zum Europäischen Parlament, Vizepräsident der sozialdemokratischen Fraktion und war bis 2015 auch als Universitätsprofessor am Institut für für Gesellschafts- und Sozialpolitik an der Johannes-Kepler-Universität Linz und als Präsident der Volkshilfe Österreich tätig.



MÜRZZUSCHLAG

*Berglift auf den Ganzstein
Sommer- und Winterbetrieb*

Anmerkungen nach der Wien-Wahl

Fünf Ableitungen aus Sicht der SPÖ trifft Caspar Einem. Neben der Erkenntnis, dass sich Grundsatzfestigkeit auch an den Urnen bezahlt macht, sei in einem nächsten Schritt vor allem zu berücksichtigen, dass es auf Bundesebene Veränderungen brauche. Wenn die Einbindung unterschiedlicher Zielgruppen mit einem Programm schwer falle, dann müsse die SPÖ zumindest auf personeller Ebene diverser werden.

1 Diese Wahl war für mich persönlich besonders spannend: Würde der einzige Landeshauptmann, der Bürgermeister von Wien, würde Michael Häupl mit einer aufrechten und geradlinigen, anständigen Haltung in Zeiten der Flüchtlingskrise bestehen können oder genau wie seine Amtskollegen, die in dieser Frage herumgeeiert haben und deren Wahlen früher im heurigen Jahr stattgefunden haben, auch bis zu zehn Prozentpunkte aufs letzte Wahlergebnis verlieren?

Und es hat sich – entgegen allen Wahlprognosen bis hin zu der am Wahltag – gezeigt: Geradlinigkeit und Anständigkeit lohnen! Herumeiern hilft nicht.

Persönlich habe ich die gleichen Erfahrungen gemacht. Ich habe 1995 als Innenminister auch mit einer großen Zahl von Flüchtlingen zu tun gehabt, habe versucht, einen anständigen Umgang mit ihnen einzumahnen und auch selbst umzusetzen und habe bei den Nationalratswahlen 1995 den größten Zugewinn aller Wahlkreise gehabt. Nur wollte das trotz der eindeutigen Ergebnisse niemand nachmachen.

Aber spätestens jetzt geht es darum, etwas aus der noch frischen Erkenntnis zu machen!

2. Freilich: Auch die Wiener SPÖ, auch Häupl, hat bei dieser Wahl fast 5 Prozentpunkte verloren. Aber genaueres Hinsehen lohnt: die größten Verluste hat die SPÖ in den traditionellen Arbeiterbezirken hinnehmen müssen, in traditionell roten Bezirken. Darin gleicht – von der Tendenz her – das Wahlergebnis vom 11. Oktober etwa auch dem Nationalratswahlergebnis vom 9. Oktober 1994. Damals hat mich – ich

war zu dieser Zeit zwar Parteimitglied, aber ohne jegliche Funktion und öMV-Bediensteter – die Bezirksorganisation der SPÖ Floridsdorf zu einer Analyse des Wahlergebnisses eingeladen und ich habe eine lange Analyse geboten und unter anderem folgendes gesagt – vor 21 Jahren:

Die SPÖ hatte viel stärker, als alle anderen heute noch maßgeblichen Parteien die Funktion, emotionale Sicherheit zu bieten. Die SPÖ war vom Ende der sechziger Jahre an eine Partei der Modernisierung, aber zugleich eine Partei der Geborgenheit ihrer Mitglieder und ihrer Sympathisanten. Geborgenheit und Sicherheit sind allerdings Kategorien, derer nicht alle im gleichen Maße bedürfen – oder jedenfalls nicht durchwegs durch Parteien vermittelt.

Vermutlich sind es auf individueller Ebene gelungene Sozialisation und auf gesellschaftlicher Ebene hinreichende materielle Sicherheit, die den Einzelnen unabhängig machen können von Institutionen und damit auch von Parteien, die Sicherheit bieten. Das ist einer der möglichen Erklärungsansätze, warum es in den »bürgerlichen« Bezirken anders aussieht – der psychosoziale oder »bürgerliche« Ansatz. Der Wähler hatte es nicht notwendig, Ausschau nach tatsächlicher oder vermeintlicher Geborgenheit zu halten.

Die SPÖ war seit Ende der sechziger Jahre auch eine Partei der Aufsteiger... Die Aufgestiegenen sind allerdings vielfach in ein neues Fahrwasser geraten, in dem andere Werte gelten; Milieus, in denen Anerkennung durch die, die schon da waren, wichtiger schien, als Treue zu den Werten der Herkunft... Und sie haben – wie alle Aufsteiger – das Gefühl, den Aufstieg in erster Linie sich selbst zu verdanken... Gepaart mit der zunehmenden, scheinbar wirtschaftlich notwendigen Orientierung auf den eigenen Vorteil entsteht ein politisches Vakuum und mitunter eine beachtliche Rigidität des Urteils....

Es spricht also manches dafür, dass es in den »roten« Bezirken ein mehrschichtiges Bild der Ursachen gibt, die Haider gestärkt haben: von mangelnder Geborgenheit über modische Modernität bis hin zur neuen Leistungsideologie der Aufsteiger.

Dazu kommt: Vieles spricht dafür, dass ein Großteil der Wähler gar nicht für oder gegen die SPÖ gewählt haben, sondern den ganzen Wahlvorgang als Übung sehen, die nicht mit ihnen zu tun hat: »Die da oben machen ohnehin, was sie wollen.« Daher sind auch »Trotzwahlen« möglich – man fühlt sich für das, was dabei herauskommt, nicht verantwortlich. »Ist auch egal. Es bleibt ohnehin alles, wie es ist.«

Offenbar also gab es seit Ende der sechziger Jahre eine Entwicklung, die nahezu unbemerkt vorstättengegangen ist – heute sind ihre Ergebnisse relativ deutlich zu sehen. Es hat sich etwas geändert.

Das Wahlergebnis in den sogenannten Arbeiterbezirken legt folgende Hypothese nahe: Die Stimmung in diesen Bezirken war – übrigens ganz ähnlich, wie vor zwanzig Jahren – tendenziell ausländerfeindlich. Und die Bezirksparteien fühlten sich vom städtischen Zentrum nicht entsprechend unterstützt und verstanden und fühlten daher vielfach mit ihren Bewohnern mit, boten kaum ein Gegengewicht und »blinkten teilweise deutlich blau«.

Mit dieser Identifikation mit der vielfach offenen Ausländerfeindlichkeit ihrer Bewohner meinten die Funktionäre, Gemeinschaftsgefühl und emotionale Geborgenheit zu bieten. Tatsächlich aber haben sie sich in das Spiel um den Schmiedl und den Schmied als Juniorpartner integriert. So kann man Wahlen nicht gewinnen. Und daher ist, um nur dieses Beispiel zu nennen, heute Simmering blau.

Da braucht es Neuaufstellung, Mut und Eindeutigkeit. Bloß wie dort hinkommen?

3. Eine, scheinbar weit hergeholte Anmerkung zu den Herausforderungen für die Wiener SPÖ: Das Europäische Forum Alpbach (EFA), dessen Vizepräsident ich seit knapp vier Jahren bin, hat heuer im August spontan entschieden, eine Chance zu nutzen, die sich uns offenbart hatte: Wir hatten 17 Bürgermeister unterschiedlicher Parteizugehörigkeit an der Hand, die bereit waren, ihre Erfahrungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen mit anderen KollegInnen zu teilen. Wir haben daraufhin österreichweit interessierte Bürgermeister zu einem eintägigen Wissens- und Erfahrungsaustausch eingeladen und

etwa hundert Bürgermeister aus dem ganzen Bundesgebiet sind gekommen. Der Leidensdruck und das Interesse am Austausch und an Erfahrungswissen waren groß. Wir vom EFA haben neun Experten aufgebeten, die zu unterschiedlichen Spezialfragen der Flüchtlingsaufnahme Auskunft geben konnten. Im Übrigen war es ein Austausch und ein Prozess, in dem die, die keine Angst mehr hatten, andere, die sich noch scheuten, bei der Hand genommen und ihnen geholfen haben, sich auch sicher zu fühlen.

Warum dieses Beispiel? Weil auch die SPÖ in vielen Bezirken, in vielen Gemeindebauten von einer freiheitlichen Welle überrollt worden ist, die Angst gemacht hat. Und da braucht es organisierten Austausch unter jenen, die schon gezeigt haben, wie man sich wehrt, wie man verlorenes Terrain zurück gewinnt. Da braucht es ein Angebot, die bei der Hand zu nehmen, die sich fürchten, um offensiv anzutreten. Heraus kommen sollte dabei die Überzeugung: »Wir schaffen das.« Das war es, was beim Bürgermeistertreffen in Alpbach heraus gekommen ist.

4. Nun geht es als nächstes um die Wahlen zum Nationalrat, wenn auch erst 2018. Bis dahin ist nur noch die Bundespräsidentenwahl zu bestehen. Auch keine Kleinigkeit, aber hier nicht das Thema.

Wie soll unter den heute absehbaren Tendenzen sichergestellt werden, dass die SPÖ 2018 nicht in einem Maße untergeht, von der sie sich wohl kaum mehr erholen würde? Mit einer Fortsetzung der Regierungsarbeit, wie bisher, ist ein Debakel zu erwarten und Strache als Bundeskanzler nicht zu verhindern.

Über das neue Parteiprogramm wird das Problem nicht zu lösen sein – egal wie gut dieses Programm auch immer ausfallen wird. Es wird zu spät kommen. Vor allem aber kann es heute kein Programm mehr geben, das eine Mehrheit anzusprechen geeignet wäre. Die Idee, man könnte ein Programm schaffen, das allen gefällt, ist mit der seit den sechziger Jahren erfolgten Ausdifferenzierung der Interessen nicht mehr, als Illusion.¹ Was also tun?

Eine Regierungsumbildung. Wenn es nicht möglich ist, dass ein Programm alle Wählergruppen anspricht, dann muss es spezielle Angebote für die unterschiedlichen Wählergruppen geben, die wir ansprechen wollen. Und das können unter diesen Bedingungen nur Persönlichkeiten sein, die für je un-

terschiedliche Gruppen attraktiv und glaubwürdig sind und die, auf geeignete Weise geführt, an einem Strang ziehen und gemeinsam sozialdemokratische Politik machen.

Vorsicht: dieser einfach klingende Vorschlag erfordert einige emotionale Stabilität der Mitwirkenden, denn da kann es zu beträchtlichen Spannungen kommen. Entscheidend ist, dass es gelingt, zu vermitteln, dass alle zusammen ein sozialdemokratisches Programm gemeinsam verwirklichen wollen. Der letzte Parteivorsitzende und Bundeskanzler, der diese Herausforderung erkannt und bewältigt hat, war Franz Vranitzky. In seinen Kabinetten gab es eine Spannweite von Hesoun, als Signal für die

Arbeiter und Gewerkschaften bis Scholten, als Signal für die Künstlerinnen und Künstler, von Johanna Dohnal als überragendes Signal für die Frauen, weit über die Parteigrenzen hinaus, bis Klima für die modernen Arbeitnehmer und Manager der Industrie usw. Seit den Regierungen Gusenbauer und Faymann setzt sich der »rote« Teil der Regierung aus lauter Exponenten derselben Musterung zusammen – vereinfacht gesprochen: die sitzen alle auf demselben Sitz. Wie sollen da 30% oder mehr WählerInnen angesprochen werden? Ein Kabinett aus lauter Alt-sj'lern erweist sich vielleicht als praktisch in der Führung, aber als nur sehr begrenzt attraktiv in Wahlen. Daher: Auf zu neuen Mustern, auf zu einem neuen, breit aufgestellten Team aus attraktiven Persönlichkeiten!

5. Ein pragmatischer Nachsatz: Es ist auch nicht bloß der Umstand, dass die derzeitigen Exponenten einander politisch zu ähnlich sind. Es ist auch der Umstand, dass sie auch dort, wo sie gute Arbeit leisten, nicht sichtbar werden. Es reicht nicht, gute Arbeit zu leisten, obwohl es unverzichtbar und wichtig ist. Es muss auch sichtbar werden. Geht unter Menschen, geht ins Fernsehen, sagt und zeigt, was ihr tut und was ihr weiter bringt. Und gebt Euch nicht der Illusion hin, dass der Kampf in der Koalition irgendjemand befriedigt. Lösungen, gemeinsame Lösungen müssen her. Und das geht umso leichter, als es auch Felder gibt, die nicht wahlentscheidend sind (zB Außen- und Sicherheitspolitik), wo es aber möglich ist, die Bevölkerung zu gewinnen, Stolz auf Österreich zu ermöglichen. Zufriedene und stolze Staatsbürger neigen weniger zur Mieselsucht. 🍷

1. Caspar Einem: Das Ende der Gemütlichkeit. In: Gegenwind. Auf der Suche nach der sozialdemokratischen Identität, Wien, Molden Verlag 1998, S 57 f

CASPAR EINEM

ist Chefredakteur der ZUKUNFT.



Red. Anon.

Foto: Albert Herndl

Steiermark
ÖSTERREICH/AUSTRIA

INFORMATIONEN ERTEILEN ALLE REISEBÜROS, DIE FREMDENVERKEHRSVEREINE UND KURVERWALTUNGEN DER STEIERMARK SOWIE DIE LANDESFREMDENVERKEHRABTEILUNG DES AMTES DER STEIERM. LANDESREGIERUNG GRAZ, HERRENGASSE 16

Herndl, »Aussee«, 1974,
59 x 84 cm, © Österreichische Nationalbibliothek



Broschüre, »Maria Zell«, 1935,
10,8 x 18 cm, © Österreichische Nationalbibliothek

Einbahn zu Schwarz-Blau

Die Landtagswahlen in Oberösterreich und Wien können bundespolitisch nicht folgenlos bleiben, argumentiert Ludwig Dvořák. Auch wenn die eindeutige Haltung der Wiener SPÖ in der Flüchtlingsfrage und der klare Konfrontationskurs mit der Strache-FPÖ in Wien Schlimmeres verhindert haben – das Menetekel der schwarz-blauen Koalition in Oberösterreich zeigt deutlich, wohin die Reise führt, wenn die SPÖ nicht jetzt das Ruder herumreißt.

Dass die Landtagswahlen keine Landtagswahlen gewesen seien, sondern eine Abstimmung über Asylfragen, war der Satz der Woche nach dem 27. September. Die politischen Lager versicherten sich wechselseitig, dass die Flüchtlingsfrage zum Wahldesaster für ÖVP und SPÖ und zum Triumph der FPÖ geführt habe und weder eigene Fehler, noch die Bundespolitik dabei eine Rolle gespielt hätten. Wurde die Verantwortung für die Verdoppelung der FPÖ in Oberösterreich noch tausenden verzweifelten Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten im Irak und in Afghanistan in die Schuhe geschoben, kam es seltsamerweise niemandem in den Sinn, diesen auch das unter den Erwartungen gebliebene Abschneiden der FPÖ in Wien und die Begrenzung der prognostizierten SPÖ-Verluste zuzurechnen.

DIE KULISSE NICHT MIT DEM STÜCK VERWECHSELN

Zurecht: Denn wer die jüngsten Wahlergebnisse primär mit der aktuellen Flüchtlingskrise zu erklären versucht, der wechselt die Kulisse einer Theaterbühne mit dem Inhalt des Dramas. Selbstverständlich haben die dramatischen Bilder von Menschen auf der Flucht emotionalisiert und im Wahlkampf als Verstärker gewirkt – so wie auch das Bühnenbild das Spiel der DarstellerInnen plastischer macht. Aber auch ohne die Zuspitzung der Flüchtlings-Lage im Sommer, wäre an einem FPÖ-Erfolg kaum zu zweifeln gewesen. Damit soll keineswegs gesagt werden, dass der Umgang mit dem Asylthema keine Rolle spielt. Der Unterschied zwischen dem oberösterreichischen und dem Wiener Wahlergebnis demonstriert ja das genaue Gegenteil: Der Versuch, mit inhaltlicher Nachgiebigkeit gegenüber der FPÖ die rechte Flanke zu schließen, ist bei der ÖVP Oberösterreich gründlich misslungen, so wie diese Taktik zuvor bereits im Burgenland und in der Steiermark versagt

hat. Die klare Positionierung des Wiener Bürgermeisters hat unverkennbar Schlimmeres verhindert.

Ja, zweifellos ist es der FPÖ auch in Wien gelungen, tief in klassische Kernschichten der SPÖ einzudringen. Um hier Dämme und wirksame Gegenstrategien zu entwickeln, reichen die Anti-Strache-Parolen nicht aus, greift die Herabwürdigung von FPÖ-WählerInnen ebenso zu kurz wie der klassische Polit-Funktionärsreflex, die Undankbarkeit der Leute zu beklagen. Noch sinnloser ist es nur, die Abgrenzung zur FPÖ für lokale Wahldebakel verantwortlich machen zu wollen. Wer wegen realer sozialer Probleme, wegen der Sorge vor verschärftem Konkurrenzdruck am Arbeitsmarkt, aus Angst vor sozialem Abstieg oder dem Verlust eigener Vorteile der fremdenfeindlichen Hetze auf den Leim geht, kann durch die Bestätigung eben dieser Hetze nicht zurückgeholt werden.

ÖVP AUF ABWEGEN

Man sollte meinen, dass auch die ÖVP diese Einsicht gewinnen müsste, war sie von diesem Phänomen in den letzten Wahlgängen noch deutlich stärker betroffen als die SPÖ. Der widerliche Versuch, mit einem »Forderungskatalog« der ÖVP-Minister auf einer in die Kamera gehaltenen Tafel, Kriegsflüchtlinge in FPÖ-Stil als unverschämte Wandervögel zu denunzieren, denen man kein »Asyl à la carte« gewähren wolle, war nicht nur ein Social-Media-Debakel. Es war vor allem auch der letzte Nagel im elektoralen Sarg der ÖVP Oberösterreich. In weit höherem Ausmaß als bei der SPÖ liefen auch dort WählerInnen der ÖVP in Scharen zur FPÖ über. Dass die Innenministerin seit bald einem Jahr daran scheitert, einige zehntausend Menschen adäquat unterzubringen, dafür aber im Zusammenhang mit der Asylpolitik von Gewalteinräumungen, Festungsbau und humanitären Katastrophen deliriert, hat also

wahltaktisch nicht das Geringste gebracht, ohne dass die ÖVP davon Notiz nehmen will. Die Reaktionen der ÖVP-Spitze auf das oberösterreichische Wahlergebnis hinterlassen den Eindruck, dass die ÖVP ihre abbröckelnden kleinbürgerlichen KernwählerInnen einerseits mit einer Annäherung an die FPÖ-Asylpolitik bei der Stange halten will, andererseits aber auch mit einer Zuspitzung der sozialen Konfrontation.

Im Bund ließ man plötzlich wissen, dass Zugeständnisse bei den von der ÖVP als »Reformen« bezeichneten Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen ohne die bisher üblichen sozialpartnerschaftlichen Tauschgeschäfte zu erfolgen hätten. Die Posse um die Ausweitung der sechsten Urlaubswoche beim Start der Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie hat hier einen ersten Vorgeschmack gegeben. Mag sein, dass die Verärgerung klassischer ÖVP-Kernschichten über Registrierkassenpflicht, Sozialbetrugsbekämpfung und Rauchverbot in der Gastronomie tatsächlich den kurzfristigen Spielraum einengen. Bezeichnend ist dabei aber, dass die ÖVP diese angespannte Situation selbst verursacht hat, um die Interessen der Millionäre, der Banken und der Großindustrie zu wahren. Denn mit Registrierkassenpflicht und Betrugsbekämpfung hat die ÖVP die kleinen Unternehmen die Zeche für die Verhinderung der Vermögenssteuern zahlen lassen.

ZUSPITZUNG DER KONFRONTATION

Der so verursachte Druck soll nun offenbar in Richtung Koalitions- und Sozialpartner abgeleitet werden. Der Ruf nach »Reformen« und einem »wirtschaftsfreundlicheren Kurs«, der die oberösterreichische Industrie auf eine schwarz-blaue Koalition drängen ließ, dürfte dabei wegweisend sein. Wenn die ÖVP ihr Heil in der Verschärfung ihres sozialstaatsfeindlichen Kurses sucht, weil sie sich davon die Besänftigung kleinbürgerlicher Kernschichten erhofft, dann gerät sie damit zwangsläufig auch bundesweit auf einen schwarz-blauen Kurs, selbst wenn das Gerade von der »sozialpartnerschaftlichen Einstellung« von Reinhold Mitterlehner wahr sein sollte.

Für die Bundes-SPÖ besteht jedenfalls nicht der geringste Spielraum, »Reformen« ohne Kompensation zuzustimmen. In den großen Wiener Bezirken und den Industrieregionen in den Bundesländern brechen die SPÖ-WählerInnen ja nicht weg, weil die SPÖ zu wenig ausländerfeindlich ist, sondern weil viele Menschen das Gefühl haben, mit ihren existenziellen sozialen Sorgen und Ängsten allein gelassen zu werden. Das wird als umso ungerechter empfunden, je mehr die FPÖ und ihre Helfer in anderen Parteien den Eindruck erwecken,

man kümmere sich »nur um die Ausländer«. Einsparungen im Sozialbereich sind nicht nur eine sichere Garantie für die nächste Wahlniederlage, sondern würden auch die Gewerkschaft – als wichtigste Machtstütze – zwingen, vom aktuellen Parteivorsitzenden abzurücken.

Vor diesem Hintergrund ist das aggressivere Auftreten der ÖVP eine Einbahnstraße in Richtung einer Koalition mit der FPÖ.

Aus Sicht der SPÖ genügt es aber nicht, wie das Kaninchen vor der Schlange zu sitzen und darauf zu hoffen, dass der Fleischfresser doch noch Vegetarier wird. Die SPÖ hat in Wien den Beweis angetreten, dass eine klare Abgrenzung zur FPÖ moralisch und politisch richtig ist. Der Umstand, dass sie nicht über 40% hinausgekommen ist, und dass sie gerade in den großen Bezirken hohe Verluste erlitten hat, zeigt aber auch, dass es nur ein Teil der Antwort ist. Die Sozialdemokratie muss wieder glaubwürdig dabei werden, soziale Probleme zu lösen, Sicherheiten zu geben und Emotionen anzusprechen.

Es ist offenkundig, dass der aktuellen Partei- und Regierungsspitze dafür die »street credibility« fehlt, aber auch, dass eine Fortsetzung des aktuellen Kurses mit neuen Gesichtern nicht erfolgversprechend wäre. Der Stillstand in der aktuellen Regierung und der Versuch, diesen schönzureden wird den Aufstieg der FPÖ nicht stoppen. Dem aggressiveren Auftreten der ÖVP muss die SPÖ offensiv begegnen. Mit neuem Führungspersonal, klaren Haltungen und einer aktiven Politik gegen Arbeitslosigkeit, für höhere Einkommen und mehr Sicherheit in der Arbeitswelt und der Gesellschaft. 🍀

LUDWIG DVOŘÁK

ist geschäftsführender Chefredakteur der ZUKUNFT.



Hans Wagula, »Schlüsselblume«, 1930,
63 x 89 cm, © Österreichische Nationalbibliothek



Herbert Walter Türk, »Schatzkiste«, 1950,
63 x 95,5 cm, © Österreichische Nationalbibliothek

Die Flüchtlingskrise im europäischen Mehrebenensystem

Seit einigen Wochen klaffen Konzeption und Realität des europäischen Grenz- und Asylregimes weitgehend auseinander und offenbaren die Schwierigkeiten eines tragfähigen europäischen Arrangements. Stefan Brocza stellt die Lage der europäischen Zuständigkeit dar.

Der Großteil des EU-Flüchtlingsrechts ist – ebenso wie beim nationalen Recht – »Schönwetterrecht«. Entstanden in einer Zeit, in der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen eher als Randprobleme galten. Das Resultat ist heute leicht erkennbar: Ein weitgehend intransparentes und unklares Sammelsurium von obligatorischen und zwingenden Vorschriften auf europäischer und nationaler Ebene.

In den Staaten mit einer EU-Außengrenze ist das europäische Aufnahmesystem für Flüchtlinge weitgehend zusammengebrochen. Flüchtlinge verweigern die nach europäischem Recht zwingend notwendige Registrierung, einige Mitgliedstaaten betreiben gleichzeitig angesichts der großen Zahlen ankommender Personen eine Politik der Fortschaffung bzw. Weiterleitung in diejenigen EU-Länder, in denen sich Asylbewerber niederlassen wollen. Weder kommt es zu einer Entlastung der Staaten mit einer EU-Außengrenze, noch herrschen einheitliche Aufnahmemaßstäbe. Die allorts erhobene Forderung nach Solidarität verkommt zu einer politischen Floskel. Die angestrebte gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf alle Mitgliedstaaten bleibt ein frommer Wunsch.

40 MAHNSCHREIBEN, 34 ANHÄNGIGE RECHTSVERFAHREN

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem beruht auf dem – zumindest auf der Papierform – einfachen Grundsatz, Menschen, die internationalen Schutz benötigen, zu helfen, und Migranten, die in der EU nicht aufenthaltsberechtigt sind, rückzuführen. Doch selbst dieser Minimalkonsens für den Umgang mit Schutzsuchenden steht aktuell zur Disposition. Dass Papier in diesem Bereich geduldig ist und alle Mitgliedstaaten es mit diesem einfachen Grundprinzip nicht so un-

bedingt ernst meinen, verdeutlicht allein die Tatsache, dass die EU-Kommission aktuell 40 Mahnschreiben in diesem Zusammenhang im September an die Mitgliedstaaten verschickt hat. Wohlgedenkt: Es handelt sich dabei um zusätzliche neue Verdachtsfälle für mangel- und fehlerhafte Umsetzung. 34 Rechtssachen sind diesbezüglich bereits anhängig. Ohne Übertreibung kann man wohl davon sprechen, dass die EU-Mitgliedstaaten (und zwar alle durch die Bank) seit geraumer Zeit massive Rechtsverleugnung betreiben. Was sie regelmäßig in Brüssel im Bereich Asyl und Migration beschließen, wird umgehend und konsequent außer Acht gelassen, sobald man wieder heimischen Boden betritt.

GRENZEN DES DUBLIN-SYSTEMS

Die ominöse Dublin-II-Verordnung etwa regelt die Zuständigkeit für Asylverfahren. Grundsätzlich soll das Land über den Asylantrag entscheiden, über welches der Flüchtling in die EU eingereist ist. Vor allem gefordert sind also EU-Mitgliedstaaten im Süden und Südosten Europas, etwa Griechenland und Italien, die schon besonders von der Finanz- und Schuldenkrise betroffen sind. Das Dublin-System ist jedoch nicht als »Lastenteilungsinstrument« konzipiert – ein Kardinalfehler, sagen so manche Kritiker, die einen »Solidaritätsmechanismus« bei der Flüchtlingsaufnahme anstelle der bisherigen technokratischen Zuständigkeitsregeln fordern. Über Reformen wird seit Jahren gestritten. Wie so oft, wenn politische Lösungen auf sich warten lassen, entscheiden stattdessen die Gerichte.

Die Rechtsprechung zu Dublin II gilt als ein Paradebeispiel für den Grundrechtsschutz im europäischen Mehrebenensystem. Sowohl der Straßburger Gerichtshof für Menschenrechte (zur Einhaltung der europäischen Menschenrechtskonven-

tion), als auch der Luxemburger EUGH (als Gericht der EU) haben etwa entschieden, dass Überstellungen von Asylbewerbern nach Griechenland wegen gravierender Missstände im dortigen Asylsystem gegen europäisches Recht verstoßen. Deutsche Verwaltungsgerichte haben auch Überstellungen nach Italien und in Einzelfällen nach Ungarn gestoppt. Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat grundsätzlich über Rückführungen nach der Dublin-II-Verordnung verhandelt.

Gleichzeitig führte die juristische Auseinandersetzung mit den Dublin-Prinzipien zu ihrer schrittweisen Aushöhlung und Außerkraftsetzung. Dazu kommt ein zunehmender politischer Unwille, diese Prinzipien überhaupt anzuwenden. Aus welchen Beweggründen auch immer, werden Personen de facto kaum noch an das für ihren Asylantrag zuständige Mitgliedsland (in der Regel also das EU-Mitgliedsland, dessen Außengrenze als erstes überschritten wurde) überstellt. Damit wird jedoch der Eindruck erweckt, dass man sich das Land zur Antragsstellung bzw. zum späteren Aufenthalt quasi selbst auswählen kann.

Das Dublin-System ist jedenfalls zum Erliegen gekommen. Und trotz aller frommen Wünsche und Ankündigungen (regelmäßig in aktuellen EU-Dokumenten zu finden), wird ein Wiederaufleben von Dublin wohl auch nicht mehr passieren. Angesichts der geschaffenen Tatsachen wirken Formulierungen wie »Ihrer Auffassung nach wird die vollständige Umsetzung der vorrangigen Maßnahmen die Rückkehr zu einem voll funktionsfähigen Schengener System in den kommenden Monaten ermöglichen« (Europäische Kommission am 14. Oktober 2015) eher wie das sprichwörtliche Pfeifen im Wald als wie ein überzeugendes Argument für eine Rückkehr zu geordneten Zuständen.

HOTSPOTS

Als ultimative operative Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise wird gerade das sogenannte ‚Hotspot-Konzept‘ angepriesen. Es soll dazu beitragen, die temporären Umverteilungs-Mechanismen umzusetzen, die die EU-Kommission im Mai und im September vorgeschlagen hat: Menschen, die ganz klar Anspruch auf internationalen Schutz haben, können von den betroffenen Mitgliedsstaaten an andere EU-Mitgliedsstaaten umverteilt werden, wo ihr Asylantrag bearbeitet wird. Italien und Griechenland sind die ersten beiden Mitgliedsstaaten, in denen das Hotspot-Konzept derzeit angewandt wird. Andere Mitgliedsstaaten sollen in Zukunft folgen. Die operative Unterstützung, die durch das Hotspot-Konzept

gewährt wird, soll sich auf die Registrierung, die Identifizierung, die Abnahme von Fingerabdrücken und die Befragung der Asylsuchenden konzentrieren sowie auf Rückführungsaktionen. Diejenigen, die Asyl beantragen, werden direkt in ein Asylverfahren weitergeleitet, bei dem Unterstützungsteams dabei helfen, dass der Asylantrag so schnell wie möglich bearbeitet wird. Für diejenigen, die keinen Schutzanspruch haben, soll die EU-Grenzschutzagentur Frontex den jeweiligen Mitgliedsstaaten dabei helfen, die Rückführung der irregulären Migranten zu koordinieren. Europol und Eurojust sollen die Mitgliedsstaaten bei den Ermittlungen unterstützen, um Schleuser- und Schlepper-Netzwerke zu zerschlagen.

Theoretisch klingt das alles wunderbar. In der Realität werden dabei ein paar Dutzend zusätzliche Beamte in die jeweiligen Außengrenzregionen geschickt. Ein Tropfen auf dem heißen Stein. Und angesichts der faktischen Rückführungsunfähigkeit der Mitgliedsländer auch nicht mehr als ein weiteres Puzzlestück im europarechtlichen Wirr-Warr.

FINANZIELLES ENGAGEMENT

Im Hinblick auf die finanzielle Unterstützung (auch ein typisches EU-Instrument) hat die Kommission jedenfalls bereits Vorschläge zur Berichtigung der EU-Haushaltspläne 2015 und 2016 vorgelegt, die eine Aufstockung der Mittel zur Bewältigung der Flüchtlingskrise um insgesamt 1,7 Milliarden Euro vorsehen. Das bedeutet, dass die Kommission in den Jahren 2015 und 2016 insgesamt 9,2 Milliarden Euro für die Bewältigung der Flüchtlingskrise aufwenden wird. Das Europäische Parlament und die im Rat vereinigten Mitgliedsstaaten haben in einem beschleunigten Verfahren den Berichtigungshaushaltsplan der Kommission für 2015 genehmigt. Die Mitgliedsstaaten müssen nun – wie die Staats- und Regierungschefs am 23. September beschlossen haben – ihre nationalen Ausgaben entsprechend erhöhen. Noch immer muss eine große Zahl von Mitgliedsstaaten (unter ihnen selbstverständlich auch Österreich) ihren Beitrag zum EU-Haushalt für den UNHCR, das Welternährungsprogramm und andere einschlägige Organisationen (500 Mio. EUR), den regionalen EU-Treuhandfonds für Syrien (500 Mio. EUR) und den Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika (1,8 Mrd. EUR) entrichten.

DIE EXTERNE DIMENSION

Die sogenannte externe Dimension ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, die Ursachen der aktuellen Migrations- und Flüchtlingsströme in die EU zu bekämpfen. Zusätzliche finanzielle Unterstützung und diplomatische

Bemühungen sind hier ein traditioneller Teil der EU-Lösung. Große – wohl allzu große – Hoffnungen setzt man dabei auf den Migrationsgipfel, der am 11. und 12. November in Valletta stattfinden wird.

Auf der Agenda stehen zusätzliche Hilfen für die betroffenen Länder Afrikas, verstärkte Zusammenarbeit beim Thema Rückkehr sowie eine bessere Ausrichtung von Entwicklungszusammenarbeit und Investitionen in Afrika. Neues und innovative Ansätze fehlen. Der laufende Vorbereitungsprozess deutet jedenfalls darauf hin, dass ein weiterer »großer Gipfel« ohne erkennbare Folgewirkungen ins Haus steht.


Tatsächlich sollen dort 85 Delegationen (EU-Staaten, afrikanische Länder, diverse Regionalorganisationen) in 5-6 Stunden Netto-Konferenzzeit all die Probleme lösen, sie seit Jahrzehnten ungelöst auf dem Tisch liegen. Eine wahrhaft herkulische Aufgabe. Als Ergebnis der Konferenz sind bereits seit dem Sommer vorbereitet: (1) eine politische Deklaration sowie (2) ein Bestandsdokument mit laufenden und geplanten Aktionen. In Wahrheit also eine weitere unverbindliche politische Verwendungszusage sowie das Vertrösten auf künftige, heilsbringe neue Projekte. Eigentlich könnten sich alle Beteiligten die Reise nach Malta Anfang November sparen.

Die anreisenden afrikanischen Staats- und Regierungschefs haben während der letzten Jahrzehnte bereits zur Genüge unter Beweis gestellt, dass sie die Migrationsthematik nicht wirklich tangiert. Zuletzt wieder am 22. April bei der jährlichen gemeinsamen Sitzung von AU- und EU-Kommission in Brüssel. Das Treffen war bereits am späten Vormittag wieder vorüber und die aus Addis Abeba angereiste Vorsitzende der afrikanischen Union Nkosazana Dlamini-Zuma ließ bei der folgenden Pressekonferenz mit der These aufhorchen, dass junge Leute nur deshalb Afrika verlassen würden, weil sie nicht gern in der Landwirtschaft arbeiten. Daher möge die EU doch einfach die Industrialisierung des Kontinents vorantreiben. Diese stark reduzierte Analyse hat die europäischen Vertreter ratlos zurückgelassen.

Die bisherigen Projekte und Dialogforen zur Lösung des Migrationsdrucks aus Afrika nach Europa (etwa Rabat- und Karthoum-Prozess) haben sich alle als nicht zielführend erwiesen. Der überwiegende Teil der afrikanischen Staats- und Regierungschefs scheint nicht wirklich bereit für Veränderungen. Die etwa im Vorfeld bereits vereinbarten Zahlungen im dreistelligen Millionenbereich an das herrschende Regime

in Eritrea verdeutlichen jedenfalls das Dilemma: Welchen Sinn macht es, mit dem Hauptgrund und dem Verursacher für Flucht aus Eritrea (dem diktatorischen Regime in Asmara), finanzielle Vereinbarungen zur Migrations-Verhinderung zu treffen? Diese Art von Realpolitik mag kurzfristig Flüchtlingszahlen reduzieren – man sollte sich aber auch immer die politischen und moralischen Folgen für solch ein Verhalten vor Augen halten: Zuletzt hat Europa diese Art von »erfolgreicher« Externalisierungspolitik mit dem Oberst Muammar al-Gaddafi in Libyen vereinbart. Angesichts des Mangels an erfolgreichen Instrumentarien und Ansprechpartnern sollte man daher die Sinnhaftigkeit der Valetta-Konferenz jedenfalls nochmals überdenken.

UNKLARE ZUKUNFT

Wie es mit der Flüchtlingskrise auf der EU-Ebene weitergehen kann, ist unklar. Klar ist, dass das bisherige System gescheitert ist. Und um es nochmals klar zu sagen: Es mangelt nicht an den Regeln und es bedarf auch keiner neuen, zusätzlichen Vorschriften. Die aktuelle Unfähigkeit zur Bewältigung liegt im politischen Unwillen der EU-Mitglieder, geltende europäische Grundsätze konsequent anzuwenden: Denen, die Hilfe benötigen, zu helfen. Es gibt also kein thematisches »Versagen der EU«. Was fehlt, sind handlungswillige Mitglieder. Wie und ob dies gelöst werden kann, ist fraglich. Es reicht jedenfalls nicht, ein weiteres Treffen des Europäischen Rates mit möglichst dramatischer Nachtsitzung zu veranstalten. 

STEFAN BRODZA

ist Experte für Europarecht und Internationale Beziehungen. Er lehrt an der Universität Salzburg. Im Frühjahr ist sein Buch »Die Auslagerung des EU-Grenzregimes« erschienen.



Hans Wagula, »Auto Gesäuse«, 1937,

10,5 x 21 cm, Broschüre, © Österreichische Nationalbibliothek

Von der Tyrannei der Reformen und der Aussicht auf Wachstum

Im Allgemeinen bewegen sich die Wirtschaftswissenschaften in einer Welt zweifelhafter Modelle, die grundsätzliche Fragen unserer Gesellschaften weder beantworten noch stellen können. Zu den mittlerweile Beachtung findenden Ausnahmen zählen die Arbeiten von James K. Galbraith, der kürzlich in Wien auf Besuch war. Sebastian Schublach stellt einige zentrale Argumente und Überlegungen Galbraiths dar.

James K. Galbraith, us-amerikanischer Ökonom und Professor an der University of Texas at Austin, wurde durch sein Engagement an der Seite von Yanis Varoufakis einer breiteren europäischen Öffentlichkeit bekannt. Er hat seinen langjährigen Freund und Kollegen während dessen Zeit als griechischer Finanzminister begleitet und beraten – und dabei erlebt, wie eindimensional, starr und kontraproduktiv die europäische Reformpolitik ist. Auf Einladung des Karl-Renner-Instituts war er einige Tage in Wien, gewährte im Zuge eines Workshops im SPÖ-Klub spannende Einsichten und legte in einem öffentlichen Vortrag dar, warum eine Rückkehr zu »normalem« Wachstum so nicht stattfinden wird.

Dass James K. Galbraith, Sohn des bekannten und einflussreichen Ökonomen John K. Galbraith, seine fachliche Expertise in den Dienst der Politik stellt, ist kein Novum. Als ehemaliger Mitarbeiter des US-Kongresses – unter anderem war er als *Executive Director des Joint Economic Committee* für Analysen der und konkrete Empfehlungen für die us-Wirtschaftspolitik verantwortlich – konnte er wertvolle und praktische Erfahrungen aus dem Regierungsalltag gewinnen. Erfahrungen, die an den europäischen Griechenland-Memoranden jedoch nur wenig ändern konnten. Gerne erzählt Galbraith Anekdoten, etwa die Geschichte der Schoko-Euros, die Wolfgang Schäuble bei einem Treffen mit Varoufakis diesem zur Beruhigung der Nerven überreichte. Oder von schlecht vorbereiteten und recht willkürlichen Sitzungen der Eurogruppe, die weder eine Tagesordnung noch fixe Abläufe hatten, und deren Teilnehmer schon gar kein *Pouvoir* hatten, tatsächlich über die europäische Reformpolitik zu verhandeln. Dem gegenüber stand eine griechische Administration ohne Regierungserfahrung

und politischen Handlungsspielraum. Die Gespräche gerieten so zur Farce. Es war klar: Eine Abkehr von der bisherigen Reformpolitik wird es nicht geben – unabhängig davon, wie die demokratischen Wahlen in Griechenland ausgehen. Die katastrophalen Auswirkungen auf die griechische Bevölkerung und Wirtschaft sind bekannt: Die Wirtschaftsleistung ist um mehr als ein Viertel geschrumpft, die Arbeitslosigkeit explodiert, soziale Sicherungssysteme wie Gesundheitsversorgung und Pensionen teilweise kollabiert. Vom Aufschwung ist, anders als von den Institutionen wie IWF, EZB und Europäischer Kommission vorhergesagt, weit und breit keine Spur. Aber warum dann diese Art von Reformen?

THE END OF NORMAL

Galbraith forscht seit vielen Jahren zu Wachstum, Ungleichheit und dem Verhältnis von Markt und Staat. In seiner letzten Monographie *The End of Normal. The Great Crisis and the Future of Growth* (2014) widmet er sich der Frage, wie die Zukunft des Wachstums aussehen wird. Wirtschaftswachstum, so die These, ist in den letzten 50 Jahren zu einem Dogma geworden. Westliche Gesellschaften haben sich in der Nachkriegszeit daran gewöhnt, dass ihre Wirtschaft kontinuierlich wächst. Diese scheinbare »Normalität« ist heute, acht Jahre nach Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008, in Frage gestellt. Eine Rückkehr zu alten Wachstumspfaden ist derzeit nicht absehbar. Aber können wir eine solche Rückkehr überhaupt erwarten? Sind die Ausgangsbedingungen heute nicht völlig andere als noch vor einigen Jahren? Und welche Politiken sollte Europa in dieser schwierigen Zeit (nicht) verfolgen?

Bevor Galbraith in seinem Vortrag *Economic Growth and the Tyranny of ‚Reforms‘ in Europe and America* auf diese Fragen

einging, zeichnete er am Beispiel Lettlands exemplarisch nach, wie Reformen in Europa heute aussehen: In dem postkommunistischen Land gab es nach dem Ende der UdSSR kaum private Schulden auf Immobilien. Im Zuge der Liberalisierungen in den 1990ern haben immer mehr – vor allem skandinavische – Banken die Gelegenheit erkannt und günstige Hypotheken vergeben. Nachdem aber klar wurde, dass viele dieser Darlehen nicht zurückgezahlt werden konnten, gingen die lettischen Behörden – per »Reform« – dazu über, verstärkt Familienmitglieder in die Kredithaftung miteinzubeziehen. Die Konsequenz: Viele Menschen verloren ihr Zuhause, Familien wurden zerstört. Ein Vorgang, der aus den USA nur allzu bekannt ist. In Boom-Zeiten werden massenhaft Kredite vergeben, eine Blase entsteht. Wenn die Rückzahlungen ausbleiben und sichtbar wird, dass die Kredite in keinem realen Verhältnis zum tatsächlichen Immobilienwert mehr stehen, platzt die Blase. Zwar brechen als Folge auch manche Banken zusammen; die verantwortlichen Personen aber, die zum Teil riesige Provisionen kassiert haben, kommen meist ungeschoren davon. Die Reformen, die derartige Entwicklungen möglich gemacht haben, waren, so Galbraith, die Deregulierung der Finanzwirtschaft und der Rückzug des Staates aus seiner Aufsichts- und Überwachungsfunktion.

REFORMEN VERSCHÄRFEN DIE KRISE

Genau diese Art der einseitigen, marktorientierten Reformen, die Implementierung eines einzigen Wirtschaftsmodells in völliger Ignoranz unterschiedlicher Ausgangslagen, ist laut Galbraith auch in Griechenland zu beobachten. Die Konsequenz der Deregulierung des Arbeitsmarktes (z.B. Abschaffung von Kollektivverhandlungen) und die Absenkung der Mindestlöhne war – entgegen den Erwartungen der Troika – nicht ein Mehr an Beschäftigung, sondern niedrigere Löhne, eine Informalisierung von Arbeit und damit einhergehend eine weitere Erosion der Staatseinnahmen. Die Einsparungen bei den Pensionen haben nicht zur Nachhaltigkeit des Pensionssystems beigetragen, sondern zu partieller Verarmung und sinkender volkswirtschaftlicher Gesamtnachfrage. Auch haben die Privatisierungen viel weniger eingebracht als vorhergesagt – unter anderem, weil die erzwungene umfangreiche Veräußerung von Staatsbesitz auf einem Schlag die Verkaufsposition Griechenlands entscheidend geschwächt hat.

WAS HINTER DER REFORMRHETORIK STEHT ...

... ist für Galbraith klar: Es wird eine Politik der Schuldeneintreibung betrieben, eine Zwangsenteignung des privaten und öffentlichen Sektors. Aber worin besteht überhaupt die

konzeptionelle Verbindung zwischen dieser Politik der inneren Abwertung und dem Ziel des Wachstums? Die Antwort findet man in einem (konservativen) wirtschaftspolitischen Weltbild, das davon ausgeht, dass jede Form der Wohlfahrtsstaatlichkeit Abhängigkeit und Faulheit generiert und – dieser Logik folgend – deren Abschaffung Anreize schafft, mehr Leistung zu erbringen. Dies führe automatisch zu Wirtschaftswachstum und Wohlstand. »An exercise of purest imagination« nennt Galbraith diesen Gedankengang.

THE FOUR HORSEMEN OF THE END OF GROWTH

Aber auch der keynesianische Zugang, dem zufolge nur die effektive Nachfrage erhöht werden müsse, um das Wachstum wieder in Gang zu setzen, reicht ihm nicht aus. Er verweist auf vier strukturelle Herausforderungen, mit denen vor allem auch Europa konfrontiert ist:

1. Ressourcen: volatil

Die Ausgangsbedingungen in Bezug auf natürliche Ressourcen haben sich im Vergleich zur Nachkriegszeit massiv verändert. Nicht nur, dass die Kosten generell gestiegen sind, hat seit der Jahrtausendwende auch eine rapide Finanzialisierung der Energiemärkte stattgefunden. Diese führt zu einer hohen Volatilität der Preise, denn diese steigen und fallen durch Spekulation rapide, was sich sowohl auf die Produktion als auch den Konsum auswirkt. Zum Beispiel haben niedrige Preise negative Effekte auf die Einführung erneuerbarer Energien, hohe Preise hingegen verteuern energieintensive Produkte. Galbraith plädiert dafür, dass wir unser Verhalten in Bezug auf Energie dringend ändern und uns nicht auf unkoordinierte Marktmechanismen verlassen. Dies bringt nicht nur die Wirtschaft in Schwierigkeiten, sondern hat desaströse Folgen für Klima und Umwelt.

2. Weltordnung: Karten neu gemischt

Die relativ stabile, wenn auch nicht spannungsfreie bipolare Weltordnung existiert seit 25 Jahren nicht mehr; die Grenzen eines einzigen US-Superhegemonen wurden spätestens in den letzten zehn Jahren offensichtlich (siehe Irak, Afghanistan, Syrien). Bestimmte langfristige Investitionen werden jedoch nur in einem stabilen und einigermaßen vorhersehbaren weltpolitischen Umfeld getätigt (z.B. grenzüberschreitende Großprojekte). Ein derartiger stabilisierender politischer Mechanismus ist aber derzeit nicht absehbar.

3. Digitale Revolution und die Pferde

Die neuen Technologien, die in den letzten Jahrzehnten ver-

mehrt Anwendung finden, reduzieren nicht nur die Kommunikations- und Transportkosten (Smartphones sind klein), sie sind auch enorm arbeitssparend. Und die Aufgaben, die von Rechnern und Maschinen übernommen werden können, werden immer komplexer. Verschärfend kommt hinzu, dass Maschinen durch das Abgabensystem begünstigt sind, denn es müssen weder Lohnsteuern noch Sozial- und Pensionsversicherungen bezahlt werden. Zwar wird, wie auch bei früheren technologischen Umbrüchen, neue Arbeit entstehen – aber diesmal sind etwa Aufbau der Infrastruktur und Erhaltungsaufwand bei weitem nicht so arbeitsintensiv wie dies etwa nach dem Siegeszug der Automobile der Fall war. Ein Teil der damals betroffenen Erwerbsbevölkerung hat nie wieder Arbeit gefunden: die Pferde.

Wir müssen der Frage nach der Arbeit der Zukunft proaktiv nachgehen. Welche Arbeit soll von Menschen verrichtet werden? Wie soll ein Arbeitsumfeld von morgen aussehen? Wie müssen wir das Institutionengefüge derart verändern, damit nicht nur ein kleiner Teil der Bevölkerung von den Produktionsveränderungen profitiert?

4. Finanzindustrie: hypertroph und dysfunktional


Wir sind global mit einer hypertrophen und dysfunktionalen Finanzindustrie konfrontiert. Mit einer Industrie, die de facto den Gesellschaftsvertrag aufgekündigt und sich keinerlei übergeordneten sozialen Zielen verpflichtet sieht. Die den Staat in Geiselhaft hält, anstatt von diesem effektiv kontrolliert und reguliert zu werden. Es ist sehr schwer, hier Veränderungen durchzusetzen. Die Finanzindustrie sitzt am Knotenpunkt zwischen politischer und wirtschaftlicher Macht sowie technologischem Wandel. Ein Wandel, der es ihr ermöglicht, regulatorische Eingriffe zu vermeiden und zu umgehen. Um ihren Einfluss zu beschneiden, müssten, etwa in den USA, große Banken zerstückelt werden und sowohl im privaten wie öffentlichen Bereich eine Art Gegenmacht aufgebaut werden.

Galbraith sieht angesichts dieser Bedingungen keine Rückkehr zu früheren Wachstumspfaden, sondern eine Notwendigkeit, gesellschaftliche Zusammenhänge neu zu organisieren und zu gestalten. Aber nicht so, wie die europäische Reformpolitik dies gerade versucht.

GESCHICHTE LERNEN, ZUKUNFT GESTALTEN

Ein Blick in die Geschichte offenbart: Der US-Wohlfahrtsstaat wurde nicht in einer Zeit großen Wohlstands geschaffen, sondern inmitten einer tiefen Depression. Er hat die Basis für

Wachstum und Aufschwung der US-Wirtschaft der Nachkriegszeit geschaffen. Und auch wenn er immer noch unvollkommen – obwohl besser als sein Ruf in Europa – ist, waren seine positiven Auswirkungen auch in der aktuellen Krise von 2009 substanziell. Viele AmerikanerInnen haben nicht nur ihre Immobilien, sondern auch ihre Altersvorsorge und Lohn Einkommen verloren. Die staatlichen Sozialleistungen konnten die Negativeffekte aber stark abschwächen – anders als in den europäischen Krisenstaaten, wo die Austeritätspolitik diese stabilisierenden Mechanismen außer Kraft gesetzt und den Abwärtstrend verstärkt hat. Die Lehre daraus: Die Institutionen der Wohlfahrtsstaatlichkeit sind keine Luxusgüter, derer man sich in schlechten Zeiten entledigt. Im Gegenteil, sie verhindern einen desaströsen wirtschaftlichen Abstieg besonders betroffener Bevölkerungsteile und legen das Fundament für Erholung und Stärkung der Gesellschaft und Volkswirtschaft. Umso wichtiger ist es, sie zu stärken und weiterzuentwickeln.

Wir müssen, so Galbraith abschließend, darüber nachdenken, wie wir die Art der Beschäftigung ausbauen, die wir brauchen: eine mit geringen Auswirkungen auf Natur und Umwelt, aber mit großen Auswirkungen in Hinsicht auf soziale und menschliche Bedürfnisse. Ein »Back to normal« kann es nicht geben. 

SEBASTIAN SCHUBLACH

ist Mitarbeiter am Karl-Renner-Institut. Eine Videoaufzeichnung des Vortrags im Zuge der Veranstaltung »Zur Zukunft des Wachstums« vom 6. Oktober 2015 (AZW) ist unter www.renner-institut.at abrufbar.



Hans Wagula, »Schneelandschaft«, 1930,
26,5 x 37 cm, © Österreichische Nationalbibliothek

»Meinen Körper in den Kampf werfen«

Vor 40 Jahren, in den frühen Morgenstunden des 2. November 1975, wurde Pier Paolo Pasolini ermordet – der damals 52-jährige Publizist, Dichter, Regisseur und bekennende Homosexuelle hatte wie kein anderer Intellektueller das Nachkriegs-Italien polarisiert und aufgeschreckt. Vier Jahrzehnte später wirft sein Tod Fragen auf, denen Thomas Riegler, nachgeht: Wurde der streitbare Geist Opfer eines Komplotts?

Es war kein Mord, sondern eine grausame Hinrichtung: »Als Pasolini tot aufgefunden wurde, lag er auf dem Bauch mit dem Gesicht zu Boden, der blutige Arm vom Leib abgewinkelt, der andere unterm Körper. Die blutverkrusteten Haare fielen über seine aufgeschürfte und aufgeplatzte Stirn. [...] Zehn Rippen waren gebrochen, ebenso das Brustbein. Die Leber war an zwei Stellen auseinander gerissen. Sein Herz war geplatzt.« So lautete der Bericht einer Tageszeitung – man hatte den geschundenen Leichnam in der Nähe des Idroscalo (Wasserflughafen) von Ostia, 28 km von Rom entfernt, gefunden – zwischen Werften und Lagerschuppen. Die Anwohnerin, die die Leiche fand, dachte zunächst, es wäre Müll und wollte diesen in die Tonne werfen.

»ER WOLLTE DIE ROLLEN TAUSCHEN«

Nur Stunden zuvor, in einer kalten und regnerischen Nacht, hatte Pasolini mit Freunden in einer Gaststätte zu Abend gegessen. Er war gerade eben aus Stockholm zurückgekommen. Dort hatte er Ingmar Berman getroffen und andere aus der schwedischen Avantgarde-Filmszene. Und er hatte dem Magazin »Espresso« ohne es zu wissen, sein letztes Interview gegeben. Darin bekannte Pasolini, die Konsumgesellschaft für eine schlimmere Form des Faschismus zu halten, als die »klassische« Variante. Beim Essen war er dann schweigsam, verabschiedete sich früh und setzte sich ans Steuer seines Alfa Romeo 2000. Im Bahnhofsviertel, an der Piazza Cinquecento, las Pasolini den 17-jährigen Guiseppino Pelosi auf – der schwächliche Junge wurde »Pino la rana« (Pino, der Frosch) genannt. Nach einem Zwischenstopp brachen sie um 23.30 Uhr zum Strand von Ostia auf. Dort soll es dann zu einem folgenschweren Streit gekommen sein. »Er wollte die Rollen tauschen. Ich weigerte

mich. Er hat mich geschlagen und mich Schwein geschimpft. Ich Schwein. Und was war er? Und dann wurde mir schwarz vor den Augen, und ich habe mit aller Kraft zugeschlagen«, sagte Pelosi dem Untersuchungsrichter. Nachdem Pasolini am Boden lag, habe er die Flucht ergriffen und das Opfer ohne es zu wissen mit dem Auto überrollt.

Pelosi wurde kurze Zeit später völlig verwirrt aufgegriffen. Von Anfang an gab es Zweifel, ob er Alleintäter war. Der Jugendliche hatte kaum Blutspuren an sich gehabt. Auch war der Körper Pasolinis mit schwereren Waffen verletzt worden, als den sichergestellten Tischbeinen. Die Liste der Fragezeichen war jedenfalls lang, wie das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« 1985 zusammenfasste: »Auf dem Idroscalo waren Fußspuren gefunden worden, die jedenfalls von den erst am Sonntag Fußball spielenden Jungen nicht herrühren konnten. Wem gehörten der Pullover und die abgelöste Schuhsohle in Pasolinis Auto, die sich weder dem Täter noch seinem Opfer zuordnen ließen? Wie waren die Spuren von Pasolinis Blut auf das Dach über der Beifahrertür gelangt, wenn der Mörder, wie er behauptet, allein den Wagen bestieg?

Was hatte es mit jenem mit vier Mann besetzten und in Catanzaro zugelassenen Auto auf sich, das – einem anonymen Briefeschreiber zufolge – Pasolinis Alfa Romeo nach der Wegfahrt vom Restaurant am Tiber verfolgte? War es vorstellbar, dass der muskulöse, durch regelmäßiges Fußballspiel austrainierte Pasolini im Zweikampf mit einem Siebzehnjährigen unterlag?« So sprach das Gericht in erster Instanz von unbekanntem Mittäter. Die Spuren wurden aber nicht weiterverfolgt, und das Kassationsgericht erklärte Pelosi schließlich zum Einzeltäter. Dieser saß sieben Jugendhaft ab

und schwieg – auch als er erneut eingesperrt wurde, diesmal wegen eines Raubüberfalls. Erst 2005 erklärte der nunmehr 47-jährige »Frosch« im Interview mit dem Sender »Rai Tre«: »Ich habe ihn nicht umgebracht, sie waren zu dritt, ich habe ihn verteidigt.« Es seien drei ihm unbekannte Südtaliener gewesen, einer habe ihn festgehalten, die anderen beiden hätten auf Pasolini eingedrückt. Dabei hätten sie gebrüllt: »Bastard«, »Drecksschwuchtel« und »dreckiger Kommunist«. Einer der Mörder habe gedroht, ihn und seine Eltern umzubringen, falls er gesprochen hätte. Pelosi hielt also dicht, bis seine Eltern nicht mehr lebten – in der Zwischenzeit sollen auch zwei der angeblichen Mörder, die Neofaschisten Franco und Giuseppe Borsellino, gestorben sein.

Pelosis Angaben ähneln der Beobachtung eines Zeugen – dieser hatte Sergio Citti, einem engen Freund Pasolinis, zehn Tage nach dem Mord ein Interview gegeben: »Ich habe zwei Autos gesehen. Vier oder fünf Männer stiegen aus. Sie zerrten Pasolini aus dem Wagen und schlugen sofort zu. Er schrie und schrie. Dann fiel er zu Boden. Die Männer ließen von ihm ab und gingen zu dem Wagen. Dann aber kam ein Wagen zurück. Er leuchtete mit den Scheinwerfern auf Pasolini. Dieser war aufgestanden und versuchte zu entkommen. Er hatte sich wohl tot gestellt. Die Männer verfolgten ihn zu Fuß. Sie schlugen ihn mit einem Holzknüppel nieder.

Dann fuhr das Auto absichtlich mehrere Male über den am Boden liegenden Körper.« Citti wollte den Mann dazu bewegen, seine Aussage vor der Polizei zu wiederholen. Dieser weigerte sich aber. Citti, der mittlerweile ebenfalls verstorben ist, vermutete, dass Pasolini in eine Falle gegangen war – mit Pelosi als Köder. Schließlich mache es keinen Sinn, den langen Weg nach Ostia zurückzulegen, nur um Sex zu haben. Vielmehr habe Pasolini in seiner Todesnacht versucht, eine gestohlene Arbeitskopie seines letzten Films zurückzukaufen. Ein anderer Autor wiederum ordnete die Mörder der »Banda della Magliana« zu, der römischen Mafia. Und natürlich gibt es Stimmen, die den Staat und die Geheimdienste direkt bezichtigen.

»ICH DANKE DEN TEUFELSJUNGEN«

Pasolini wurde 1922 in Bologna als Sohn eines Berufsoffiziers und einer Bauerntochter geboren. Früh hatte er traumatische Erlebnisse zu verkraften: Sein Bruder Guido wurden 1945 bei einer Auseinandersetzung verfeindeter antifaschistischer Partisanengruppen erschossen; der Vater war gewalttätig. Nach dem Studium von Kunstgeschichte und Literaturwissenschaft

lebte Pasolini zunächst im ländlichen Friaul, der Heimatgend seiner Mutter. Dort trat er 1947 in die Kommunistische Partei Italiens (KPI), betätigte sich im Bezirk Casarsa als Parteisekretär und schrieb erste Dialektgedichte. Pasolini, damals als Volksschullehrer tätig, war konservativen Kreisen rasch ein Dorn im Auge und wurde des Missbrauchs Minderjähriger beschuldigt. Zu Unrecht, wie sich vor Gericht herausstellte. Trotzdem wurde Pasolini suspendiert und aus der KPI ausgeschlossen: »Auf mir lastet das Schandmal von Rimbaud oder von Dino Campana oder auch von Oscar Wilde, ob ich will oder nicht, ob die anderen es akzeptieren oder nicht.« Aufgrund der politischen Ausgrenzung sah Pasolini seinen Platz zeit lebens außerhalb der KPI – als unbequemer Dissident. Das änderte aber nichts an seiner Überzeugung, dass nur diese Partei zu einem grundlegenden Wandel der italienischen Verhältnisse imstande war.

Als er 28 Jahre war, verzogen Pasolini und seine Mutter nach Rom – dort fand er 1951 eine Lehrer-Anstellung und wohnte eine Zeitlang in Ponte Mammolo. Es war eine prägende Zeit, die er im dortigen Milieu der »borgate«, der Vorstadtjugend verbrachte: Arbeitslose, entwurzelte Zuwanderer aus Süditalien, Zuhälter und Kleinkriminelle. »Die jungen Kerle«, meinte ein Freund Pasolinis später, »machten ihm im zunehmenden Alter zwar Angst, aber zugleich fühlte er sich von ihren archaischen Instinkten und Gedanken fast magisch angezogen.« In zwei Romanen – »Ragazzi di vita« (Kerle des Lebens, 1955) und »Una vita violenta« (Ein gewaltsames Leben, 1959) – beschrieb Pasolini den gewalttätigen, aber auch ungezähmt-freien Alltag in den »borgate« mit dokumentarischer Präzision. »Ich danke all den Teufelsjungen«, schrieb er in einer Nachbemerkung des zweiten Buchs.

Aber nicht nur in Romanen setzte Pasolini den »borgate« ein Denkmal, sondern vor allem als Regisseur von schockierenden Sozialdramen wie »Accatone« (1961) und »Mamma Roma« (1962), die in den Baracken am Rande der Ewigen Stadt spielen. Weiters setzte sich Pasolini in »Edipo Re« (1967) mit den bedrückend spießbürgerlichen Verhältnissen in Italien auseinander oder benutzte antike Mythen und Literaturvorlagen als Folien für gesellschaftskritische Aussagen (»Edipo Re«, 1968 oder »Medea«, 1969). Bis heute heftig umstritten ist Pasolinis letzter Film von 1975: »Salò o le 120 giornate di Sodoma«. Darin foltern, missbrauchen und töten Kader der untergehenden faschistischen Republik von Salò eine Gruppe von verschleppten Jugendlichen. In einem Interview führte Pasolini aus, dass es ihm vorrangig um die Beziehung zwi-

schen Mächtigen und Machtlosen gegangen sei – und wie sich diese körperlich-sexuell auswirke.

Kein Wunder, dass Pasolinis Werk nicht nur viel Widerspruch, sondern blanken Hass hervorrief. In 33 Jahren wurde ihm aufgrund von Anzeigen wegen »Blasphemie«, »Pornografie«, »Diffamierung«, »Hausfriedensbruch« oder »Obszönität« 33-mal der Prozess gemacht. Obwohl in zweiter oder höherer Instanz stets freigesprochen, nahm Pasolinis Image stets Schaden. Immer wieder wurde er auch physisch angegriffen. Schon 1964 versuchten Neofaschisten Pasolini mit einem Auto zu überfahren. Nur wenige Tage vor dem Mord in Ostia wollten ihn zwanzig Rechtsextreme von einer Brücke werfen. Als der Unruhmacher dann schließlich sein schreckliches Ende fand, meinte niemand Geringerer als der damalige Minister Giulio Andreotti: »Er hat es doch so gewollt« (wofür er sich später entschuldigte). Ein anderer Kommentator, der Regisseur Bernardo Bertolucci, erklärte erst 2005: »Wer ihn getötet hat, der fühlte sich nicht nur im Recht, sondern glaubte auch, das Land gesäubert zu haben.«

GEGEN DIE DIKTATUR DES KONSUMS

Anfang der 1970er-Jahre war Pasolini zweifellos einer der einflussreichsten Intellektuellen Italiens. Vor allem weil er sich mit allen gesellschaftlichen Kräften anlegte – der Rechten wie der Linken. In dem 1964 veröffentlichten Gedicht »Una disperata vitalità« (Eine verzweifelte Vitalität) heißt es fast programmatisch: »Man muss den Bürger lauter denn je die Verachtung erklären, anschreien gegen ihre Primitivität, spucken auf die Unwirklichkeit, die sie sich zur Wirklichkeit wählten, in keinem Akt und keinem Wort ablassen vom totalen Hass gegen sie und ihre Polizei, ihre Justiz, ihr Fernsehen, ihre Presse...« Ein anderes Mal bekannte Pasolini: »Ich möchte mich durch Beispiele ausdrücken. Meinen Körper in den Kampf werfen. Doch wie die Taten des Lebens Ausdruck sind, ist auch der Ausdruck Tat.«

Pasolini war gnadenlos in seiner Kritik von »Konsumismus«, »Amerikanisierung«, »Verbürgerlichung« und »zur Ware verkommener Erotik«. Der postindustrielle Wandel hatte selbst vor den »borgate« nicht Halt gemacht – für Pasolini verloren die Vorstädter dadurch jedes revolutionäres Potential und zielten nur mehr auf Konsumgüter ab. »In wenigen Jahren sind die Italiener zu einem heruntergekommenen, lachhaften, monströsen, kriminellen Volk geworden«, ärgerte sich Pasolini. Ein anderes Mal meinte er gar: »Was für ein wunderbares Land war Italien während des Faschismus und unmittel-

bar danach.« Damit brachte Pasolini seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die Diktatur des Konsums über die Macht des Fernsehens alles gleichschalte und jeden Widerstand einge-meinde. 1974 schrieb er: »Die kulturelle Durchdringung der Welt durch ein konsumorientiertes, alles assimilierendes Zentrum hat die verschiedenen Kulturen der Dritten Welt zerstört (ich spreche hier noch im Weltmaßstab und beziehe mich daher auf die Kulturen der Dritten Welt, denen die bäuerliche italienische Kultur im Grunde gleicht). Das Kulturmodell, das den Italienern (und im Übrigen allen Menschen der Erde) angeboten wird, ist nur ein einziges. Die Angleichung an dieses Modell erfolgt vor allem im Gelebten, in der Existenzweise, infolgedessen im Körper und im Verhalten. Hier werden bereits die Werte der neuen Kultur der Konsumzivilisation gelebt, das heißt des neuen und repressivsten Totalitarismus, den man je gekannt hat – auch wenn diese Werte noch nicht ganz ihren Ausdruck gefunden haben.«

Wenige Monate später legte Pasolini nach: »Alle Hindernisse sind aus dem Wege geräumt. Die neuen Mächte brauchen keine Religionen mehr, keine Ideale und ähnliches, um das zu verhüllen, was Marx enthüllt hatte. Wie Legehühner haben die Italiener sofort die neue, irreligiöse und gefühllose Ideologie dieser Herrschaft geschluckt: So groß ist die Anziehungs- und Überzeugungskraft der neuen Lebensqualität, die von den Herrschenden versprochen wird, und so groß ist die geballte Macht der Massenmedien (vor allem des Fernsehens), die den Herrschenden zu Gebote stehen. Wie Legehühner haben die Italiener das neue Heiligtum der Ware und des Konsums, das nie mit Namen genannt wird, angenommen.«

»ICH WEISS«

Wenige Monate vor seinem Tod erreichte Pasolinis kritische Auseinandersetzung mit den Verhältnissen einen Höhepunkt. Er griff vehement den »Palazzo«, das seit 1946 durchgängig bestehende Herrschaftssystem der Democrazia Cristiana (DC) an – konkret die Verstrickungen in Korruption, in mafiöse Umtriebe und in den Terrorismus. Denn Italien – das Land mit der stärksten kommunistischen Partei Westeuropas – war ab 1969 von einer Reihe besonders blutiger Terroranschläge erschüttert wurde, die stets mit Richtungsentscheidungen zusammenfielen. »Keine andere westliche Demokratie hat auch nur annähernd vergleichbar schwere und zahlreiche, politisch motivierte Attentate erlebt wie Italien. In keiner anderen westlichen Demokratie ist der Mordanschlag in diesem Ausmaß zu einem Instrument im politischen Kampf geworden wie in Italien«, betont Alessandro Siliy in seiner Studie »Ver-

brechen, Politik, Demokratie in Italien«. Insgesamt wurden bei acht größeren Sprengstoffanschlägen zwischen 1969 und 1987 419 Menschen getötet und 1.181 wurden verletzt. Dabei handelte sich um völlig »wahllose« Terrorakte, jeder konnte sich als potentielles Opfer fühlen, weshalb auch von einer »Strategie der Spannung« gesprochen wird. Wie nach einem Drehbuch verfolgten die Behörden nach diesen Massakern zunächst eine »anarchistische« Spur. Tatsächlich verantwortlich waren Bombenleger aus dem neofaschistischen Lager, von Organisationen wie »Ordine Nuovo«, »Avanguardia Nazionale« und »Fronte Nazionale«. Aber darüber hinaus gab es ein erstaunliches Ausmaß an »stille« Komplizentum seitens des Macht- und Sicherheitsapparates: Verschiedene Geheimdienste förderten nachweislich die Aktivitäten der Neofaschisten, manipulierten sie mittels eingeschleuster Informanten und verwischten im Nachhinein Spuren. Das Kalkül der »Strategie der Spannung« war offenbar, den konservativen Status quo abzusichern und einen Linksruck in Italien zu verhindern.

Am 14. November 1974 erschien im »Corriere della Sera« eine Kolumne Pasolinis mit dem Titel »Der Roman von den Massakern«: »Ich weiß. Ich weiß die Namen der Verantwortlichen für das, was man Putsch nennt (und was in Wirklichkeit von einer ganzen Serie von Putschen besteht, die zu einem System der Herrschaftssicherung geworden sind). Ich weiß die Namen der Verantwortlichen für die Bomben von Mailand am 12. Dezember 1969. Ich weiß die Namen der Verantwortlichen für die Bomben von Brescia und Bologna von Anfang 1974. Ich weiß die Namen des Spitzengremiums, das sowohl die alten Faschisten – die Planer der Putsche – steuerte, als auch die Neofaschisten, die mit eigener Hand die ersten Bomben legten und schließlich die unbekanntenen Urheber der jüngsten Anschläge. [...] Ich weiß. Aber mir fehlen die Beweise. Ich habe nicht einmal Indizien.«

Manche Beobachter orten in diesen verklausulierten Sätzen bereits ein Motiv für einen politischen Mord. Pasolini sei mächtigen Kreisen so unbequem geworden, dass man ihn zum Schweigen brachte. 1975, als er sich auf dem Höhepunkt seines künstlerischen Schaffens befand und Gerüchte über eine bevorstehende Ehrung mit dem Literaturnobelpreis kursierten, erzielte die KPI 33 Prozent in den Umfragen. Pasolini selbst forderte zu diesem Zeitpunkt einen öffentlichen Prozess gegen die politische Elite. Von anderen Intellektuellen erntete er aber nur vielsagendes Schweigen: »Ohne einen derartigen Strafprozess wird es keine Hoffnung für unser Land geben. Aber warum muss ich allein diese Anklage vorbringen? Wa-

rum interveniert ihr nicht: Branca, Petuccioli, Zanetti, Bocca, Moravia? Alle Politiker und alle Parteien teilen mit den Christdemokraten Blindheit und Verantwortung. Schweigen auf der einen und Ignoranz auf der anderen Seite, ein Pakt der Macht: eine Diplomatie des Schweigens. Wovor haben wir Angst?« Letztendlich hatte Pasolini die »Tangentopoli«-Korruptionsprozesse der Jahre 1992/93 vorweggenommen – erst an diesem Punkt kollabierte das System der »Ersten Republik« endgültig.


»PETROLIO«

Ein weiteres Indiz, das für einen politischen Mord ins Feld geführt wird, ist das Romanfragment »Petrolio«, das 1992 posthum erschien. Darin klagt Pasolini die wirtschaftliche und politische Korruption an – allerdings konnte nur knapp ein Drittel des umfassenden Werks nach seinem Tod sicher gestellt werden. »Petrolio« weist zahlreiche »Anmerkungen« auf – eine davon, die Nr. 22 – bezieht sich auf ein ungelöstes Rätsel der italienischen Nachkriegsgeschichte: Den Tod des Vorsitzenden des damals noch verstaatlichten Erdölunternehmens ENI, Enrico Mattei. Dieser war 1962 beim Absturz seines Privatflugzeugs ums Leben gekommen. Ursprünglich als Unfall abgetan, ist mittlerweile nachgewiesen, dass eine Bombe an Bord explodiert war. Mattei hatte sich zahlreiche Feinde gemacht: Dazu zählten das anglo-amerikanische Erdölkartell (auch »sieben Schwestern« genannt) und der französische Nachrichtendienst, der an der Unterstützung des ENI-Vorsitzenden für algerische Rebellen Anstoß nahm. Die Verantwortung für den Mord konnte bislang nicht geklärt werden. In »Petrolio« nennt Pasolini Mattei »Ernesto Bonocore« und skizziert die engen Verflechtungen der Großindustrie mit der DC. Die Namen von Matteis Nachfolger Eugenio Cefis und des langjährigen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti finden sich in einem Organigramm der wichtigsten italienischen Machtblöcke. Von »Anmerkung 21« mit dem Titel »Blitzartige Beleuchtung der ENI« existiert dagegen nur ein Deckblatt – was Spekulationen nährt, es würde Hinweise auf Schuldige im Mordfall Mattei enthalten.

Am 2. März 2010 überraschte der Senator der Berlusconi-Partei, Marcello Dell'Utri, mit der Ankündigung, er sei im Besitz dieses fehlenden Abschnitts und würde diesen auf der Mailänder Buchmesse präsentieren. Umgehend berichten Medien, die Seiten wären aus der Wohnung Pasolinis gestohlen worden und enthielten den Schlüssel zum Rätsel seiner Ermordung. Gegen Dell'Utri liefen damals umfangreiche Ermittlungen wegen Verstrickungen mit der Mafia. Als es dann

soweit war, enttäuschte der Senator: Der Kontaktmann, der ihm knapp 80 Seiten Notizen angeboten hatte, sei nicht wieder aufgetaucht – offenbar verschreckt vom Medienrummel. Bemerkenswerterweise erhielt Dell’Utri drei Monate später um zwei Jahre weniger Haftstrafe, als in der ersten Instanz verhängt worden waren.

ZU DEN AKTEN GELEGT

Ebenso merkwürdig war schon 2009 ein Brandanschlag auf die Bar Necci gewesen, wo »Accattone« gedreht worden war. Die unbekanntes Täter nahmen das Pasolini-Foto in der Bar ab, verbrannten diese und hängten zuletzt das Bild wieder in der Ruine auf. Das geschah am selben Tag, als die römische Staatsanwaltschaft auf Druck von Pasolinis Angehörigen die Ermittlungen wieder aufnahm. 2014 wurden auf Kleidern des Mordopfers DNA-Spuren von mindestens fünf verschiedenen Personen nachgewiesen. Im selben Jahr stellte Abel Ferrara seinen Spielfilm »Pasolini« mit William Dafoe in der Hauptrolle vor. Der Regisseur bekundete vollmundig: »Ich weiß, wer Pasolini getötet hat, aber ich werde seinen Namen nicht nennen.« Im Film dagegen bleibt der Schlussakt schemenhaft. Zuletzt entschied die zuständige Richterin Maria Agrimi im März 2015, die Akten wieder zu schließen. Aus Sicht des Gerichtes hatten sich keine belastbaren neuen Beweise ergeben. Der Tod Pasolinis bleibt also ungeklärt, aber sein Werk und sein leidenschaftlicher, kompromissloser Widerspruch sind aktueller denn je. 

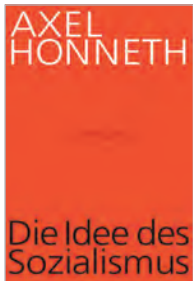
THOMAS RIEGLER

ist Historiker und Mitglied der ZUKUNFT-Redaktion.



Sujet, Anna Keil, "Schöne Ferien", 1983,
61 x 87 cm, © Wienbibliothek

Rote Sonne & homosexuelles Berlin



Axel Honneth
DIE IDEE DES SOZIALISMUS

Die Idee des Sozialismus hat ihren Glanz verloren, so Axel Honneth, weil in ihr theoretische Hintergrundannahmen am Werk sind, die aus der Zeit des Industrialismus stammen, nun aber, im 21. Jahrhundert, keinerlei Überzeugungskraft mehr besitzen. Sie müssen ersetzt werden, und zwar durch Bestimmungen von Geschichte und Gesellschaft, die unserem heutigen Erfahrungsstand angemessen sind.

SUHRKAMP, 168 Seiten, 23,60 Euro



Thankmar von Münchhausen
72 TAGE

Der bewaffnete und schließlich blutig niedergeschlagene Aufstand der »Pariser Kommune« im Frühjahr 1871 war der Versuch eines revolutionären Rats, Paris gegen den Willen der konservativen Zentralregierung nach sozialistischen Vorstellungen zu verwalten. Die Kommunarden hatten es sich zur Aufgabe gemacht, menschenwürdige soziale Verhältnisse für das Volk zu schaffen.

DVA, 528 Seiten, 25,70 Euro



Charlotte Kerner
ROTE SONNE, ROTER TIGER

Wer sagt, dass Sachbücher für Jugendliche nicht auch von Erwachsenen gelesen werden dürfen? Eben! Hier ist die Lebensgeschichte des Rebellen und Tyrannen, des berühmtesten Chinesen der Welt, des Gründers der Volkrepublik China, Mao Zedong. Kerner schildert seinen langen Weg zur Macht und zugleich die Geschichte eines eindrucksvollen Landes, vom Kaiserreich bis zum Terror der Kulturrevolution.

BELTZ & GELBERG, 314 Seiten, 20,60 Euro



Andreas Rödder
21.0

21.0 ist ein historischer Crashkurs durch die Grundprobleme der Gegenwart: Wie sind sie entstanden und woher kommen sie? Was ist wirklich neu – und was sind die Muster, die wir aus der Geschichte kennen? Was sind die wichtigsten Entwicklungen der Gegenwart, und welche Richtungen zeichnen sich für die Zukunft ab? Andreas Rödder eröffnet überraschende Perspektiven auf eine Welt im Wandel.

C. H. BECK, 494 Seiten, 25,70 Euro



Robert Beachy
DAS ANDERE BERLIN

Homosexualität ist eine deutsche Erfindung – zu dieser doch überraschenden Erkenntnis kommt Robert Beachy. In seinem Buch erzählt er von den Pionieren der Sexualwissenschaft, den Debatten um gesellschaftliche Anerkennung im Kaiserreich sowie vom schwulen Eldorado Berlins in der Weimarer Zeit und holt damit ein in Vergessenheit geratenes Kapitel deutscher Geschichte ans Tageslicht.

SIEDLER, 464 Seiten, 25,70 Euro



Mona Eltahawy
WARUM HASST IHR UNS SO?

Frauen in islamischen Ländern bleiben Menschen zweiter Klasse – solange es nicht eine echte Revolution gibt. Zu ihr ruft Mona Eltahawy auf. Sie ist durch islamische Länder von Nordafrika bis in den Nahen Osten gereist und hat die Lebensgeschichten von Frauen aufgeschrieben. Eltahawy will das »giftige Gebräu aus Religion und Kultur« unschädlich machen, das die ganze islamische Welt durchtränkt.

PIPER, 208 Seiten, 17,50 Euro

RAF, DDR & Telluria



Frank Witzel

Die Erfindung der Roten Armee Fraktion durch einen manisch-depressiven Teenager im Sommer 1969

Gudrun Ensslin eine Indianersquaw aus braunem Plastik und Andreas Baader ein Ritter in schwarzglänzender Rüstung? Die Welt des Erzählers dieses Romans, der die alte BRD wiederauferstehen lässt,

ist nicht minder real als die politischen Ereignisse, die jene Jahre in Atem halten und auf die sich der 13-Jährige seinen ganz eigenen Reim macht.

MATTHES & SEITZ, 800 Seiten, 30,80 Euro



Jonathan Franzen

UNSCHULD

Die junge Pip Tyler weiß nicht, wer ihr Vater ist. Das ist keineswegs ihr einziges Problem: Sie hat Studienschulden, ihr Bürojob in Oakland ist eine Sackgasse, sie liebt einen verheirateten Mann, und ihre Mutter erdrückt sie mit Liebe und Geheimniskrämerei. »Unschuld« ist ein amerikanisch-deutscher Gesellschaftsroman, eine schwarze Komödie über Idealismus, Treue und Schuld.

ROWOHLT, 832 Seiten, 27,80 Euro



Martin Amis

INTERESSENGBIET

Der SS-Offizier Golo Thomsen arbeitet im »Interessengebiet Auschwitz« und verliebt sich in Hannah Doll, die Frau des KZ-Lagerkommandanten. »Interessengebiet« ist die Geschichte über eine unmögliche Liebe. Und stellt Fragen wie: Was treibt den Menschen zu unmenschlichen Taten an? Und können wir uns noch in die Augen blicken, nachdem wir gesehen haben, wer wir wirklich sind?

KEIN & ABER, 416 Seiten, 25,70 Euro



György Dragomán

DER SCHEITERHAUFEN

Bei Dragomán sind es die Kinder, die mit ihrem Sinn für Gerechtigkeit das Netz aus Lüge, Gemeinheit und Brutalität zerreißen. Rumänien nach dem Sturz des Diktators. Emma, eine dreizehnjährige Vollwaise, wächst im Internat auf. Ihre Eltern sollen bei einem Autounfall ums Leben gekommen sein. Eines Tages erscheint eine Unbekannte, die sich als ihre Großmutter ausgibt.

Eltern sollen bei einem Autounfall ums Leben gekommen sein. Eines Tages erscheint eine Unbekannte, die sich als ihre Großmutter ausgibt.

SUHRKAMP, 494 Seiten, 25,70 Euro



Karl Wolfgang Flender

GREENWASH, INC.

Sie haben ein Unternehmen mit problematischem Portfolio? Genmais? Produktion in asiatischen Sweatshops? Kein Problem: Mars & Jung kümmert sich darum. Die Agentur bietet eine ganzheitliche Betreuung, von viralen Imagekampagnen über die Beschaffung von Fairtrade-Zertifikaten bis zum Krisenmanagement vor Ort. Falls es irgendwo mal brennt. In einer Textilfabrik zum Beispiel. In der es keine Fluchtwege gibt.

Sie haben ein Unternehmen mit problematischem Portfolio? Genmais? Produktion in asiatischen Sweatshops? Kein Problem: Mars & Jung kümmert sich darum. Die Agentur bietet eine ganzheitliche Betreuung, von viralen Imagekampagnen über die Beschaffung von Fairtrade-Zertifikaten bis zum Krisenmanagement vor Ort. Falls es irgendwo mal brennt. In einer Textilfabrik zum Beispiel. In der es keine Fluchtwege gibt.

DUMONT, 392 Seiten, 20,60 Euro



Vladimir Sorokin

TELLURIA

Eine wild dystopische Mischung ist dieser Roman. Eurasien, Mitte des 21. Jahrhunderts: Die Welt ist in Kleinstaaten zerfallen. Es gibt etwa das kommunistisch-orthodoxe Moskowien, eine Sowjetische Sozialistische Stalinrepublik und ein feudalistisches Neukölln und dann ist da noch die kleine, feine Bergrepublik Telluria, aus der das ultimative Mittel kommt, das beständiges Glück erzeugt.

KIEPENHEUER & WITSCH, 414 Seiten, 23,70 Euro

STEIERMARK IM BLICK

UNIVERSALMUSEUM JOANNEUM



»Aflenz«

Sammlung Thomas Griesbacher, Graz, Foto: Universalmuseum Joanneum/N. Lackner

U4: Eigeninserat